

Jahresabschluss und Lagebericht 2014



der **Sparkasse**
am Niederrhein

Sparkasse des Kreises Wesel
und der Städte Moers, Neukirchen-Vluyn und Rheinberg

Inhalt

Lagebericht

Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse	3
Wirtschaftsbericht	3
Darstellung und Analyse der Lage	7
Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	11
Nachtragsbericht	13
Chancen- und Risikobericht	13
Adressen-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken	16
Prognosebericht	27

Jahresabschluss

Jahresbilanz	32
Gewinn- und Verlustrechnung	35
Anhang	36

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	55
---	-----------

Bericht des Verwaltungsrates	56
-------------------------------------	-----------

Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Sparkasse am Niederrhein ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und unterliegt dem Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband des Kreises Wesel und der Städte Moers, Neukirchen-Vluyn und Rheinberg. Die Sparkasse am Niederrhein und der Sparkassenzweckverband sind Mitglieder des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf.

Die Sparkasse ist ein Teil der Sparkassen-Finanzgruppe und fördert den Verbund- und Kooperationsgedanken. Unsere wesentlichen Verbundpartner sind die DekaBank, die Provinzial Rheinland Versicherung AG, die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Helaba), die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, die Gruppe Deutsche Leasing sowie die diesen Instituten nahestehenden Unternehmen. Darüber hinaus nutzt die Sparkasse leistungsstarke Partner außerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe.

Gemeinsam sind wir für alle Kundengruppen in unserer Region ein kompetenter und leistungsstarker Partner in allen Finanzfragen. Die Förderung von Wirtschaftskraft und Wohlstand im Geschäftsgebiet ist eines unserer Unternehmensziele.

Die Sparkasse am Niederrhein richtet sich als Vertriebssparkasse auf ihren Markt in ihrer Region aus mit dem Ziel, eine hohe Kundenzufriedenheit zu erreichen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2014 in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld moderat gewachsen. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber dem Vorjahr um 1,5 %.

Auf der Entstehungsseite des BIP konnten fast alle Wirtschaftsbereiche zum Wachstum beitragen. Auf der Verwendungsseite des BIP war im Jahr 2014 der Konsum wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft. Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 1,1 %, die des Staates um 1,0 %. Auch die Investitionen legten zu. Der deutsche Außenhandel gewann 2014 etwas an Dynamik. Deutschland exportierte preisbereinigt 3,7 % mehr Waren und Dienstleistungen als im Jahr 2013. Die Importe legten mit einem Plus von 3,3 % jedoch fast genauso stark zu.

Der Staatssektor bestehend aus Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen schloss das Jahr 2014 nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsüberschuss in Höhe von 11,9 Mrd. € ab. Gemessen am BIP errechnet sich für den Staat im Jahr 2014 eine Überschussquote von 0,4 %. Damit kann der Staat bereits im dritten Jahr in Folge einen mehr als ausgeglichenen Haushalt vorweisen.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich auch im Schlussquartal 2014 anhaltend positiv und weitgehend unabhängig von der abgeschwächten Konjunkturlage. Der Beschäftigungstrend bleibt deutlich aufwärtsgerichtet. Im Jahresdurchschnitt 2014 waren in Deutschland 2,898 Mio. Menschen arbeitslos gemeldet. Dies waren 52 Tsd. oder 1,8 % weniger als vor einem Jahr (Quote: 6,7 %). Das ist gemeinsam mit dem Jahr 2012 der niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit seit 1991.

Im Jahresdurchschnitt 2014 erhöhten sich die Verbraucherpreise in Deutschland gegenüber 2013 nur noch um 0,9 %. Die Jahresteuersatzrate ist damit seit 2011 rückläufig. Eine niedrigere Teuerungsrate hatte es zuletzt zu Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 mit +0,3 % gegeben. Im Jahr 2014 wurde die Entwicklung der Verbraucherpreise wesentlich durch die Preisrückgänge bei Energie geprägt. Im Dezember 2014 lag die Preissteigerung nur noch bei +0,2 % gegenüber dem Dezember 2013. Der geringe Preisauftrieb 2014 resultierte vor allem aus den niedrigen Inflationsraten in der zweiten Jahreshälfte.

Deutlich gestiegene Bruttolöhne und -gehälter haben bei einem neuen Beschäftigungs-Höchststand zu einem spürbaren Anstieg der Arbeitnehmerinkommen geführt. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm nach ersten Berechnungen im Jahr 2014 um 2,2 % zu.

Die Arbeitslosenquote des Kreises Wesel, in dem die Sparkasse am Niederrhein ihren Sitz hat, betrug im Dezember 2014 7,3 % (Dezember 2013: 7,2 %). Sie lag damit über dem Bundesdurchschnitt.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihre wichtigsten Leitzinsen im Juni und September 2014 gesenkt. Die aktuellen Sätze der Einlagefazilität, der Hauptrefinanzierungsgeschäfte und der Spitzenrefinanzierungsfazilität betragen -0,20 %, 0,05 % und 0,30 %. Den Mindestreservesatz veränderte die EZB nicht. Er beträgt seit Januar 2012 1,00 %.

Die weiterhin insgesamt verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen machten sich auch in unserem Geschäftsgebiet bemerkbar.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die rheinischen Sparkassen verzeichneten im Jahr 2014 eine zufriedenstellende Geschäftsentwicklung. Bei insgesamt kaum verändertem Kundenkreditvolumen gab es Zuwächse bei den Kundeneinlagen. Die Geldvermögensbildung der Privatpersonen verstärkte sich. Im Wertpapiergeschäft mit Kunden wurden wieder geringere Umsätze erzielt.

Die Ratingagentur Fitch erteilte den Sparkassen eine gute Bonität und würdigte insbesondere ihre starke, gefestigte Marktposition als Deutschlands größte Bankengruppe für das Privatkundengeschäft. Fitch bestätigte deshalb für die Sparkassenfinanzgruppe das Rating in Höhe von A+ für langfristige Verbindlichkeiten bzw. F1+ für kurzfristige Verbindlichkeiten. Der Ausblick bleibt unverändert stabil.

Am 01. Januar 2014 sind die Capital Requirements Regulation (CRR) und die Capital Requirements Directive IV (CRD IV) nebst entsprechenden nationalen Rechtsnormen zur Umsetzung von Basel III in Kraft getreten. Diese sehen eine strengere Eigenkapitaldefinition, deutlich höhere Mindestkapitalquoten sowie die Einführung von Ka-

pitalpuffern vor. Zusätzlich wird die Einhaltung einer Verschuldungsquote und diverser Liquiditätskennziffern vorgegeben. Darüber hinaus wird auch die Unterlegung von Kontrahentenrisiken verschärft. Die Umsetzung von Basel III stellt für die Branche nach wie vor eine große Herausforderung dar.

Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung

Wir sind angesichts der oben dargestellten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Branchensituation mit der Geschäftsentwicklung und den Vertriebsleistungen für das Jahr 2014 zufrieden.

Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

	in Mio. € (evtl. Abweichungen in den Summen beruhen auf Rundungen)		
	2014	2013	Veränderungen
Bilanzsumme	3.130,7	3.043,6	87,1
Eventualverbindlichkeiten	21,0	20,6	0,4
Geschäftsvolumen	3.151,7	3.064,2	87,5
Forderungen an Kunden	2.185,1	2.147,8	37,3
Treuhandkredite	4,3	3,8	0,5
Eventualverbindlichkeiten	21,0	20,6	0,4
Unwiderrufliche Kreditzusagen	73,0	67,3	5,7
Kundenkreditvolumen	2.283,4	2.239,5	43,9
Barreserve und Forderungen an Kreditinstitute	409,9	326,9	83,0
eigene Wertpapierbestände	453,2	455,2	-2,0
Liquide Mittel	863,1	782,1	81,0
Spareinlagen	635,8	620,1	15,7
Sparkassenbriefe	420,0	454,4	-34,4
Übrige Einlagen	1.308,8	1.205,6	103,2
Einlagen von Kunden	2.364,6	2.280,1	84,5
Schuldverschreibungen	11,5	22,7	-11,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	460,5	461,7	-1,2

Das Geschäftsvolumen erhöhte sich um 87,5 Mio. € auf 3.151,7 Mio. €. Die Bilanzsumme stieg um 87,1 Mio. € auf 3.130,7 Mio. €. Entgegen unserer Erwartung, den Bestand an Kundeneinlagen halten zu können, konnten wir einen starken Zuwachs verzeichnen. Ebenso hielt die positive Entwicklung im Kundenkreditgeschäft an.

Die Sparkasse stellte einschließlich der aus Darlehensrückflüssen finanzierten Neuausleihungen sowie unter Berücksichtigung der Veränderungen bei den unwiderruf-

lichen Kreditzusagen Kreditmittel in Höhe von insgesamt 326,7 Mio. € bereit, nach 277,8 Mio. € im Vorjahr.

Das gesamte Kundenkreditvolumen (einschließlich Treuhandkredite und unwider- ruflicher Kreditzusagen) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 43,9 Mio. €.

Die von uns erwartete positive Entwicklung des Bestandes von Krediten an Privat- personen, Unternehmen und Selbstständige ist eingetreten und entwickelte sich positiv fort.

Bei den Eigenanlagen ist der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen fest- verzinslichen Wertpapieren von 369,2 Mio. € auf 346,3 Mio. € zurückgegangen. Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich um 87,8 Mio. € auf 362,0 Mio. €. Der Bestand an anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren stieg um 20,9 Mio. € auf 106,9 Mio. €.

Die Einlagen von Kunden erhöhten sich insgesamt um 84,5 Mio. € auf 2.364,6 Mio. €. Der Rückgang bei den befristeten Einlagen und den Sparkassenbrie- fen konnte durch den Zuwachs bei den Spareinlagen und den täglich fälligen Einla- gen überkompensiert werden.

Der Bestand an Sparkassenbriefen verringerte sich durch Fälligkeiten um 34,4 Mio. € auf 420,0 Mio. €. Die Spareinlagen erhöhten sich um 15,7 Mio. €, so dass sich zum Jahresende ein Bestand von 635,8 Mio. € ergab.

Die übrigen Einlagen erhöhten sich insgesamt um 103,2 Mio. € auf 1.308,8 Mio. €. Die befristeten Einlagen verringerten sich um 27,8 Mio. € auf 83,8 Mio. €. Im Bereich der täglich fälligen Einlagen stieg der Bestand dagegen um 131,1 Mio. € auf 1.225,1 Mio. €.

Bei den Schuldverschreibungen verzeichneten wir einen Bestandsrückgang um 11,2 Mio. € auf 11,5 Mio. €.

Insgesamt lässt sich beobachten, dass die Kunden überwiegend kurzfristige Anlage- formen bevorzugen.

Die Verbindlichkeiten der Sparkasse gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 1,2 Mio. € auf 460,5 Mio. €. Der Bestand an Sparkassenbriefen reduzierte sich um 20,2 Mio. € auf 187,7 Mio. €. Den größten Teil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten machten die zweckgebundenen Mittel mit 270,2 Mio. € aus.

Im Wertpapiergeschäft mit unseren Kunden lag das Volumen aus Verkäufen und Fäl- ligkeiten über dem Volumen aus Ankäufen der in unserem Haus geführten Kunden- depots.

Das Verbundgeschäft, d. h. die Vermittlung von Versicherungs-, Bauspar- und Leasinggeschäften sowie der Vertrieb von offenen Investmentfonds, gehört zu den Kerngeschäften der Sparkasse und ermöglicht es, allen Kunden ein umfassendes und bedarfsgerechtes Angebot zu unterbreiten.

In nahezu allen Versicherungssparten konnten die Vorjahresergebnisse verbessert werden. Im Bereich der Lebens- und Rentenversicherungen konnte in 2014 eine deutliche Steigerung im Beitragsaufkommen und Stückzahl erzielt werden. Das seit langem gute Niveau bei den Kranken- und Unfallversicherungen konnte ebenfalls leicht gesteigert werden. Auch der Bestand an Sachversicherungen konnte weiter ausgebaut werden. Bei den gewerblichen Versicherungen konnte das Beitragsaufkommen gesteigert werden.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit im Verbund mit der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse wurde fortgesetzt. Die Anzahl der neu abgeschlossenen Verträge und der Gesamtbetrag der Bausparsummen sind gegenüber dem Vorjahr gesunken. Erfreulich ist der hohe Anteil von nahezu einem Viertel der Bausparsummen, die als Wohn-Riester-Verträge abgeschlossen wurden.

Die Zusammenarbeit im Verbund mit der Gruppe „Deutsche Leasing“ wurde fortgesetzt. Im gewerblichen Bereich wurde bei einer höheren Anzahl abgeschlossener Verträge das Volumen des Vorjahres nicht erreicht.

Darstellung und Analyse der Lage

Die wirtschaftliche Lage der Sparkasse ist weiterhin zufriedenstellend. Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügt die Sparkasse über eine Ertragskraft, die es ihr erlaubt, das für die weitere Geschäftsentwicklung erforderliche Eigenkapital zu erwirtschaften. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, dass die Sparkasse ihren Kunden auch künftig in allen Finanzangelegenheiten eine leistungsstarke Partnerin sein kann.

Ertragslage

Für das Jahr 2014 betrug das um außerordentliche und periodenfremde Positionen bereinigte Betriebsergebnis vor Bewertung 0,79 % der Durchschnittsbilanzsumme (DBS)¹ von 3.089,6 Mio. € und verringerte sich damit stärker als erwartet. Der Vorjahreswert lag hier bei 0,84 % der DBS von 3.069,9 Mio. €. Die Cost-Income-Ratio (CIR)² errechnete sich mit 69,3 % gegenüber 67,8 % im Vorjahr.

Die in 2014 zu verzeichnenden Belastungen aus dem Kundenkreditgeschäft fielen deutlich geringer aus als im Vorjahr. Die Bewertung der Anlagen in Wertpapieren war aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus positiv nach einem leicht negativen Ergebnis in 2013. Für Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestandes waren die Märkte zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir zunächst Informationen über jüngste Transaktionen in diesen Wertpapieren untersucht. Sofern entsprechende Informationen vorlagen, haben wir die daraus ableitbaren Kurse verwendet. Sofern keine entsprechenden Informationen vorlagen, haben wir die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet. Diese indikativen Kurse haben wir anhand weiterer Marktinformationen einer Plausibilitätskontrolle unterzogen.

¹ Durchschnittsbilanzsumme = Durchschnittswert aus den täglichen Beständen der Bilanzpositionen

² CIR = (Verwaltungsaufwand x 100) / [(Zinsüberschuss + Provisionsüberschuss + Nettoergebnis aus Handelsgeschäften) + (sonstiger Ertrag – sonstiger ordentlicher Aufwand)]

Für das Jahr 2014 ergibt sich ein Jahresüberschuss leicht unter dem Niveau des Jahres 2013. Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2014 beträgt 0,107 %.

Zu dem Ergebnis 2014 im Einzelnen:

	in Tsd. € (evtl. Abweichungen in den Summen beruhen auf Rundungen)		
	2014	2013	Veränderungen
Zinsüberschuss	61.163	61.274	-111
Laufende Erträge	3.207	3.182	25
Provisionsüberschuss	16.457	16.391	66
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	-8.160	1.548	-9.708
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	54.028	52.466	1.562
davon:			
Personalaufwand	(38.788)	(36.953)	(1.835)
andere Verwaltungsaufwendungen	(15.240)	(15.513)	(-273)
Bewertungsergebnis	-2.410	-9.633	7.223
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-3.282	-7.857	4.575
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	-2.329	-2.422	93
Steuern	7.272	6.479	793
Jahresüberschuss	3.346	3.538	-192

Insgesamt verringerten sich die Erträge (GuV, Pos. 1 bis 9) um 3,9 Mio. € auf 83,2 Mio. €. Gleichzeitig erhöhte sich der Gesamtaufwand (GuV, Pos. 10 bis 12) um 7,3 Mio. € auf 66,9 Mio. €.

Der Zinsüberschuss – einschließlich laufender Erträge (gemäß GuV, Pos. 3) – verringerte sich entgegen unserer Erwartung im Vergleich zu 2013 um 0,1 Mio. € auf 64,4 Mio. €. Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften ermäßigten sich von 97,0 Mio. € auf 91,8 Mio. €. Der Zinsertrag aus festverzinslichen Wertpapieren und die anderen laufenden Erträge verringerten sich um 2,2 Mio. €. Der Zinsaufwand ging von 44,3 Mio. € im Vorjahr um 7,3 Mio. € auf 37,0 Mio. € zurück.

Für 2014 erwarteten wir, den ordentlichen Ertrag und die Provisionsüberschüsse durch Vertriebsaktivitäten auf dem Niveau des Jahres 2013 halten zu können. Dieses Ziel haben wir erreicht. Insgesamt ist das ordentliche Provisionsergebnis mit 16,5 Mio. € zufriedenstellend ausgefallen.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich von 52,5 Mio. € auf 54,0 Mio. €. Die Steigerung der Personalkosten, die mit 1,3 Mio. € geplant war, konnte u. a. aufgrund des Tarifabschlusses nicht eingehalten werden und betrug in 2014 1,8 Mio. €. Der Sachaufwand verringerte sich entgegen unserer Erwartung leicht um 0,3 Mio. € auf 15,2 Mio. €.

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen weist mit einem Aufwand von 8,2 Mio. € ein um 9,7 Mio. € negativeres Ergebnis als 2013 aus. Zinsswaps werden gemäß dem Rechnungslegungsstandard IDW RS BFA 3 (Stand 30.08.2012) im Rahmen der sogenannten „Verlustfreien Bewertung des Bankbuchs“ grundsätzlich nicht imparitätisch einzeln, sondern im Kontext der Gesamtheit der zinstragenden Geschäfte (Refinanzierungsverbund) bewertet. Eine Ausnahme bilden u. a. Zinsswaps, deren Vertragsdauer die Laufzeit der korrespondierenden Geschäfte des Refinanzierungsverbunds übersteigt. Die zur Absicherung der mit diesen Geschäften verbundenen zukünftigen Marktpreisrisiken gebildete Rückstellung wurde im Jahresabschluss 2013 um 3,5 Mio. € zu Gunsten des Postens 8 – sonstige betriebliche Erträge – der Gewinn- und Verlustrechnung reduziert. Die Bewertung dieser Geschäfte zum Jahresende 2014 ergab aufgrund der veränderten Zinsstruktur einen höheren Absicherungsbedarf, so dass die vorhandene Rückstellung um 9,0 Mio. € aufgestockt wurde. Den Aufwand haben wir unter Posten 12 – sonstige betriebliche Aufwendungen – der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft werden mit 2,3 Mio. € ausgewiesen.

Für die anteilige Haftung aus den Risiken der Ersten Abwicklungsanstalt bzw. den besonderen Risiken aus der Umsetzung der Maßnahmen zur Stabilisierung der ehemaligen WestLB AG haben wir auch in diesem Jahr den Fonds für allgemeine Bankrisiken mit weiteren 1,6 Mio. € dotiert.

Darüber hinaus haben wir dem Fonds für allgemeine Bankrisiken im Hinblick auf die zukünftigen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III weitere 1,7 Mio. € zugeführt. Nunmehr weist dieser Fonds einen Bestand von 75,5 Mio. € auf.

Die Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere (GuV-Position 15) betrugen im Geschäftsjahr 0,1 Mio. € nach 3,2 Mio. € im Vorjahr. Der Rückgang der Aufwendungen resultiert aus geringeren Bewertungsmaßnahmen bei den Beteiligungen.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen verringerten sich um 0,1 Mio. € auf 2,3 Mio. €.

Der Steueraufwand hat sich in 2014 um 0,8 Mio. € auf 7,3 Mio. € erhöht.

Über die Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 3,3 Mio. € beschließt die Vertretung des Trägers gemäß § 24 Abs. 4 Spk NW.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Hinsichtlich der Steuerung der Liquiditätsrisiken wird auf die Ausführungen in der Risikoberichterstattung verwiesen.

Die eingeräumte Kreditlinie bei der Landesbank Hessen-Thüringen wurde dispositi-
onsbedingt in begrenztem Umfang in Anspruch genommen.

Die nach den bankaufsichtlichen Regelungen ermittelte Liquiditätskennzahl, die
mindestens 1,00 betragen muss, beträgt zum Jahresende 2,68 und belegt damit ei-
nen ausreichenden Liquiditätsspielraum.

Auch die darüber hinaus für weitere Beobachtungszeiträume (Laufzeitbänder bis zu
zwölf Monaten) zu berechnenden Kennzahlen, für die keine Mindestwerte vorgege-
ben sind, deuten nicht auf zu erwartende Liquiditätsengpässe hin.

Vermögenslage

Auf der Aktivseite stellen die Ausleihungen an Kunden mit 70 %, Wertpapiere mit
14 % und Forderungen an Kreditinstitute mit 12 %, auf der Passivseite die Kunden-
einlagen und Eigenemissionen mit 76 % sowie die Bankenverpflichtungen mit 15 %
die bedeutendsten Posten dar.

Die Bewertung des gesamten Wertpapierbestandes erfolgte unter Anwendung des
strengen Niederstwertprinzips. Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rück-
stellungen ist den Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen
ausreichend Rechnung getragen worden.

Für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute ist in ange-
messenen Umfang zusätzlich Vorsorge getroffen.

Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Die Sicherheitsrücklage beläuft sich auf 159,4 Mio. € (Vorjahr 155,9 Mio. €).

Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über umfangreiche ergänzen-
de Eigenkapitalbestandteile. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen
auf die Summe der anrechnungspflichtigen Positionen nach CRR in Verbindung mit
den ergänzenden Vorschriften der Solvabilitätsverordnung beträgt per 31.12.2014
14,83 % und liegt damit über dem vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 %.

Aus der Vermögenslage der Sparkasse am Niederrhein ist der weitere Geschäftsbe-
trieb gesichert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Marktpräsenz

Im Geschäftsgebiet ist die Sparkasse am Niederrhein mit 28 Geschäftsstellen und 10 SB-Standorten vertreten. Die Videotechnik wurde um die Möglichkeit der Legitimation von Bestandskunden sowie Neukunden erweitert.

Die Sparkasse hat ihren Internet-Auftritt im Jahr 2014 weiter optimiert. Wir bieten den Kunden innovative Online-Services, wie z. B. Freischaltung von Konten und Kreditkarten in Echtzeit. Das Angebot der Internetfiliale ermöglicht allen interessierten Verbrauchern die Eröffnung von Girokonten, die Geldanlage und die Beantragung von Kreditkarten und Ratenkrediten. Auf Wunsch kann der Kunde via Online-Berater-Chat oder via Skype mit der Internetfiliale kommunizieren.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2014 waren bei der Sparkasse am Niederrhein, ausschließlich des ohne Bezüge freigestellten Personals, 687 (Vorjahr: 673) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Davon sind 411 vollzeitbeschäftigte und 215 teilzeitbeschäftigte Angestellte sowie 61 Auszubildende. 16 Auszubildende, die ihre Ausbildung im Jahr 2014 mit Erfolg beendeten, übernahmen wir – teilweise befristet – in das Angestelltenverhältnis. Um auch in Zukunft auf gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückgreifen zu können, haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr 19 jungen Leuten die Möglichkeit gegeben, in unserer Sparkasse eine Ausbildung zur Bankkauffrau bzw. zum Bankkaufmann zu beginnen.

Der Qualifizierungsbedarf wurde auf Institutsebene festgelegt. Fünfzehn Beschäftigte haben 2014 den Vollzeitlehrgang zur Sparkassenfachwirtin / zum Sparkassenfachwirt erfolgreich abgeschlossen. Daneben unterstützt die Sparkasse am Niederrhein Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Eigeninitiative weiterführende Qualifikationen erwerben, zum Beispiel mit Sonderurlaubstagen für die Teilnahme an bankspezifischen Studiengängen oder der teilweisen Übernahme von Studienkosten bei der Besetzung von Stellen mit entsprechenden Qualifikationsanforderungen. Die intensive Unterstützung des Versicherungsvertriebs in Kooperation mit unserem Verbundpartner Provinzial Rheinland Versicherung AG war - wie schon im Vorjahr - ein weiteres zentrales Handlungsfeld. So haben in 2013/14 insgesamt dreizehn Kolleginnen und Kollegen aus den Geschäftsstellen, der Baufinanzierungsberatung und dem Bereich Individualkundenbetreuung eine Weiterbildung zur / zum geprüften Versicherungsfachfrau / -mann begonnen, die sie im April bzw. Oktober 2014 mit der Prüfung vor der IHK erfolgreich abgeschlossen haben.

Im Jahr 2014 wurde die tariflich vorgesehene leistungsorientierte Vergütung für den individuell-leistungsbezogenen und den unternehmenserfolgsbezogenen Teil der Sparkassensonderzahlung für 2013 ermittelt und im April bzw. Juli an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgezahlt.

Die betriebliche Gesundheitsförderung der Beschäftigten hat für die Sparkasse am Niederrhein einen hohen Stellenwert.

Die Zusammenarbeit mit einem in Moers ansässigen Psychologen, der in psychischen Belastungssituationen kurzfristig professionellen Beistand leistet, hat sich weiterhin bewährt. Von Banküberfällen betroffene Beschäftigte können sich auf die Unterstützung durch die besonders geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des M.U.T.-Teams verlassen.

Bei den in 2014 durchgeführten Maßnahmen ist insbesondere die Blutspendenaktion, die Ausbildung unserer Mitarbeiter/innen in Erster Hilfe sowie im Brandschutz aufzuführen. Das jährliche Angebot zur Gripeschutzimpfung und das Angebot eines Sehtests rundeten das Präventionsprogramm ab.

Sportliche Angebote, nicht zuletzt im Rahmen einer Vielzahl von betrieblich geförderten Betriebssportgemeinschaften, und die Beteiligung unserer Sparkasse an dem jährlichen Sportabzeichen-Wettbewerb der Sparkassen-Finanzgruppe ergänzen das Engagement der Sparkasse am Niederrhein in diesem Bereich.

Umweltaspekte

Die nachfolgende Darstellung bezieht sich auf den Energie- und Umweltbericht 2013 der Sparkasse am Niederrhein, der im Geschäftsjahr 2014 erstellt wurde.

Für das Verbrauchsjahr 2014 prognostiziert die Fachabteilung eine stabile und moderate Preis- und Verbrauchsentwicklung für den Energiebedarf der Sparkasse am Niederrhein.

Rückblickend auf die Abrechnungsjahre 2011 und 2012, die bis dato mit den besten Verbrauchswerten seit 2004 analysiert werden konnten, ließen sich im Geschäftsjahr 2013 die Energieverbräuche ausschließlich im Allgemeinstromsektor verbessern bzw. reduzieren.

Unser Gesamtenergiekostenaufwand ist im Hinblick auf die kontinuierlichen Verbrauchsreduzierungen im Zeitraum der letzten 3 Geschäftsjahre nur um 0,6 % angewachsen.

Hauptindikator dieses überaus erfreulichen Ergebnisses ist vor allem der jährlich verringerte Bedarf an Stromenergie in unserem Institut. So kann bilanziert werden, dass für den Zeitraum von 2004 bis 2013 eine Einsparung von rd. 1,13 Mio. kWh/p. a. erzielt werden konnte.

Das Zusammenwirken aller Komponenten, angefangen bei den Vertragsgestaltungen bis hin zu den individuellen Bemühungen zur Energieeinsparung seitens unserer Mitarbeiter, bestätigt den eingeschlagenen Weg zur Initiierung und Investition energetischer Modifizierungen in allen Bereichen unseres Institutes und verdeutlicht in der Analyse, dass diese vielfach auch schon unmittelbar nach ihrer Umsetzung zur Stabilität bzw. Senkung unserer Aufwendungen im Verbrauchs- und Kosten-sektor beitragen.

Die guten Ergebnisse und Fortschritte unserer Bemühungen zur Reduzierung der Energiewerte finden sicherlich vorrangig ihren Nutzen in der Entlastung unseres Sachkostenhaushaltes, werden aber auch von externen wie internen Einflüssen positiv und motivierend begleitet.

Soziales Engagement / Gemeinwohlorientierung

Die Sparkasse am Niederrhein hat im Jahr 2014 aus Spenden und aus dem Prämien-spar-Zweckertrag 0,9 Mio. € für soziale, sportliche und kulturelle Zwecke zur Verfügung gestellt. Gefördert wurde mit den Geldern die Arbeit zahlreicher Vereine, Verbände und Organisationen im Geschäftsgebiet. Die sechs Stiftungen der Sparkasse am Niederrhein haben 0,3 Mio. € für soziale und kulturelle Zwecke ausgeschüttet.

Für die Stiftung „Standort- und Zukunftssicherung Kreis Wesel“, deren Stiftungszweck die Standortförderung und Zukunftsentwicklung durch Förderung der Bildung, von Wissenschaft und Forschung, des Umweltschutzes und von Kunst und Kultur im Kreis Wesel ist, hat die Sparkasse am Niederrhein in den vergangenen Jahren Zustiftungen geleistet.

Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind keine Sachverhalte aufgetreten, die noch nicht im Jahresabschluss 2014 berücksichtigt wurden und zu einer anderen Darstellung der Lage geführt hätten, wenn sie eher eingetreten wären.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagementziele und -methoden

Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken sind Kernfunktionen und -kompetenzen von Kreditinstituten. Die Sparkasse geht Risiken unter Berücksichtigung der Risikostrategie und der Risikotragfähigkeit bewusst ein, wenn sie zur Erzielung von Erfolgen notwendig und im Verhältnis zu den Chancen vertretbar sind. Die abgeschlossenen Geschäfte dienen dazu, die Solvenz, Ertrags- und Wachstumschancen der Sparkasse nachhaltig zu erhalten. Diese Ertragschancen unterliegen banktypischen Risiken. Der verantwortungsvolle Umgang mit diesen Risiken hat in der Sparkasse am Niederrhein höchste Priorität. Daher wurde ein Risikomanagement installiert, das der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der Risiken dient. Die risikorelevanten Steuerungsinformationen dienen als Grundlage für strategische und operative Geschäftsentscheidungen. Eine klare Aufgabenteilung zwischen den beteiligten Geschäftsbereichen der Sparkasse ermöglicht eine effiziente Umsetzung der risikopolitischen Steuerungsimpulse. Um den Anforderungen sich verändernder Rahmenbedingungen zu begegnen, passen wir unsere Strategien, Konzepte, Verfahren, Instrumente und aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen stetig an. Durch die stetige Weiterentwicklung von präventiven Notfallkonzepten wird sichergestellt, dass auch bei Eintritt des Notfalls der Geschäftsbetrieb fortgeführt werden kann.

Die Umsetzung der Anforderungen der 4. MaRisk-Novelle wurde unter anderem mit der Implementierung der Regelungen zur Compliance und des Aufbaus eines Liquiditätskostenverrechnungssystems in 2014 abgeschlossen.

Wir verwenden ein periodisches Risikotragfähigkeitskonzept als Basis der Risikosteuerung. Ergänzend werden einige barwertige Risikowerte als Zusatzinformation genutzt.

Stresstests ergänzen unser Instrumentarium zur frühzeitigen Ermittlung von kritischen Belastungsfaktoren. Sie stärken unser Haus darin, ungünstigen Entwicklungen rechtzeitig mit entsprechenden Steuerungsimpulsen zu begegnen.

Unser Stresstestkonzept beinhaltet sowohl auf einzelne Risikoarten beschränkte als auch übergreifende Analysen. Dazu gehören ebenfalls die in den MaRisk benannten Pflichtszenarien „Auswirkungen eines schweren konjunkturellen Abschwungs“ und „Inverser Stresstest“, die jeweils für das Gesamtinstitut durchgeführt werden.

Im Stresstestkonzept werden unter anderem Risikokonzentrationen berücksichtigt, für die seitens der Aufsicht kein Zwang zur Diversifizierung besteht. Zum Teil wurden die Konzentrationen in Übereinstimmung mit der Geschäftsstrategie sogar bewusst aufgebaut. Ein Beispiel hierfür ist die Konzentration der Sparkasse am Niederrhein auf Kreditnehmer und Kreditsicherheiten aus der Region.

Über die Ergebnisse der Stresstests wird dem Vorstand regelmäßig berichtet. In 2014 ergaben sich aus den Ergebnissen keinerlei Hinweise auf eine außergewöhnliche oder eine gar den Bestand gefährdende Risikolage der Sparkasse.

Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien der Geschäftspolitik der Sparkasse und überwacht die Tätigkeit des Vorstands. Anpassungen der Geschäfts- und Risikostrategie werden mit dem Verwaltungsrat erörtert. Im Rahmen der vierteljährlichen Risikoberichte wird er über alle wesentlichen Risikoarten umfassend informiert. Darüber hinaus wird der Verwaltungsrat bzw. dessen Vorsitzende/r im Rahmen von Ad-hoc-Meldungen unter anderem über etwaige unter Risikoaspekten wesentliche Entwicklungen informiert.

Der Vorstand der Sparkasse am Niederrhein legt neben der geschäftspolitischen Zielsetzung die wesentlichen strategischen Vorgaben und die Höhe der Verlustobergrenze fest. Dies beinhaltet auch den Beschluss des benötigten Risikokapitals auf der Grundlage des periodischen Risikotragfähigkeitskonzepts.

Die Risikostrategie der Sparkasse definiert die Vorgaben für das Risikomanagement. Sie beinhaltet die Bestimmung des Risikoverständnisses und der Risikoneigung, die Erläuterung des Umgangs mit den verschiedenen Risikoarten sowie die Festlegung der wesentlichen Risiken.

Das periodische Risikotragfähigkeitskonzept ist auf der Basis der Risikostrategie das zentrale Element der Risikomessung und -steuerung. Die Steuerung der Risiken erfolgt auf Institutsebene unter anderem durch die Limitierung der verschiedenen Risikoarten. Der Vorstand erhält monatlich einen Bericht über die Entwicklung der Limitauslastungen und der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmassen.

Zusätzlich wird der Vorstand über alle nachfolgend näher erläuterten Risikoarten durch regelmäßige Berichte informiert. Außerdem besteht im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen ein Ad-hoc-Berichtssystem.

Die Funktionen des Risikocontrollings sind aufbau- und ablauforganisatorisch von den geschäftsverantwortlichen Bereichen unabhängig. Im revolvierenden Risikomanagementprozess kann man verschiedene Phasen unterscheiden, die zur Analyse und Quantifizierung der für die Sparkasse relevanten Risiken durchlaufen werden. Die Risiken sind zu identifizieren, zu beurteilen und in Berichten darzustellen. Diese Informationen bilden die Grundlage für die Steuerung. Die Überwachung der Risiken unter Berücksichtigung der Steuerungsmaßnahmen schließt den Regelkreis.

Bestehende und potenzielle Risiken werden mindestens jährlich im Rahmen des Strategieprozesses durch eine Risikoinventur identifiziert und hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit für die Sparkasse bewertet. Zusätzlich werden anlassbezogen Risiken aus wesentlichen Veränderungen externer Umwelteinflüsse oder der mit neuen Produkten oder neuen Märkten verbundene Risiken ermittelt und in die bestehenden Steuerungs- und Überwachungssysteme integriert. Um die Risiken aus neuen Produkten oder neuen Märkten korrekt einschätzen zu können, führt die Sparkasse sogenannte Neue-Produkt-Prozesse unter Einbeziehung aller beteiligten Organisationseinheiten durch. Gemäß AT 8.2 MaRisk sind vor wesentlichen Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie in IT-Systemen die Auswirkungen einer solchen Veränderung auf die Kontrollverfahren und die Kontrollintensität zu analysieren. Darüber hinaus werden bei geplanten wesentlichen Auslagerungen im Vorfeld Risikoanalysen erstellt.

Im Rahmen der Beteiligung der Leitung der Risikocontrolling-Funktion vor wichtigen risikopolitischen Beschlüssen besteht eine weitere Möglichkeit, anlassbezogene Anpassungsbedarfe der Risikoinventur zu erkennen.

Ziel der Risikobeurteilung ist, mit einer dem Risiko angemessenen Methode das Risiko zu messen. Die Risikosteuerung stellt sich als Gesamtheit der Maßnahmen dar, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen. Die letzte Phase des Prozesses ist die Überwachung der vom Vorstand festgelegten Limite und das regelmäßige Reporting der Risikokennziffern an den Vorstand und die zuständigen Geschäftsbereiche durch das Risikocontrolling.

Die Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren werden mindestens jährlich oder anlassbezogen von den zuständigen Abteilungen geprüft.

Die Innenrevision unterstützt als prozessunabhängige Stelle in ihrer Überwachungsfunktion den Vorstand und die anderen Führungsebenen der Sparkasse. Grundlage hierfür ist ein risikoorientierter Prüfungsplan, der vom Vorstand genehmigt wurde. Er bildet die Grundlage, auf der die Innenrevision grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe prüft und bewertet. Der Fokus liegt hierbei auf den Prozessen und Methoden unter Beachtung der Grundsätze von Sicherheit, Ordnungsmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Falls getroffene Feststellungen der Innenrevision zu notwendigen Maßnahmen führen, werden diese in angemessenen Zeiträumen bearbeitet. Darüber hinaus unterbreitet die Innenrevision regelmäßig Vorschläge zu möglichen Verbesserungen der von ihr geprüften Prozesse und Abläufe.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Risiken und für die Umsetzung der Risikostrategie. Er baut dabei auf das risikobewusste Verhalten aller Mitarbeiter. Im Rahmen der Risikoinventur hat der Vorstand relevante Ausprägungen der Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken als wesentliche Risiken gemäß MaRisk definiert. Adressenausfall- und Marktpreisrisiken weisen für die Sparkasse eine hervorgehobene wirtschaftliche Bedeutung auf. Mit den auf der Grundlage der Risikostrategie und des Risikotragfähigkeitspotenzials beschlossenen Risikolimiten sichert der Vorstand den Ertrag und das Vermögen der Sparkasse. Aufsichtsrechtliche und gesetzliche Normen müssen jederzeit erfüllt werden.

Die Kontrolle der Vorgaben der Risikostrategie erfolgt laufend. Die zusammenfassenden Risikoberichte werden vierteljährlich dem Vorstand zur Kenntnis gegeben. Zusätzlich erhält der Vorstand monatlich im Rahmen des periodischen Risikotragfähigkeitskonzeptes eine Übersicht über die Limitauslastungen sowie das prognostizierte Jahresergebnis.

Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken

Die nachfolgend detailliert dargestellten Risikoarten werden im Rahmen des periodischen Risikotragfähigkeitskonzeptes gemessen und den festgelegten Limiten gegenübergestellt.

Das Risiko wird als Abweichung vom Erwartungswert definiert. Aus diesem Grund werden ausschließlich die unerwarteten Verluste den festgelegten Limiten gegenübergestellt. Die Berücksichtigung der erwarteten Verluste erfolgt im Risikodeckungspotenzial. Bei der Aufteilung der einzelnen Limite dominieren die Limite für Adressenausfallrisiken mit 58 % und Marktpreisrisiken mit 37 % am Gesamtlimit. Die Limite sind selbstverzehrend. Für die festgelegten Limite haben wir insgesamt 50 % des vorhandenen Risikodeckungspotenzials (Stichtag 31.12.2014) reserviert.

Die im Rahmen der periodischen Risikotragfähigkeit festgelegten Limite für Adressenausfallrisiken teilen sich auf in Limite für die Bewertungsrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft, für die Beteiligungsrisiken sowie die Emittentenausfallrisiken aus Eigenhandelsgeschäften. Das Marktpreisrisiko wird durch die Limite für das Abschreibungsrisiko der Eigenhandelsgeschäfte, das Zinsspannenrisiko, das Limit für die Drohverlustrückstellung Zinsswaps sowie das Limit für das Immobilienrisiko begrenzt. Das bonitätsinduzierte Abschreibungsrisiko bei festverzinslichen Wertpapieren ist Bestandteil des Marktpreisrisikos. Darüber hinaus bestehen Limite für operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken.

Am Jahresende wurde die Summe der Risiken durch die vorhandenen Limite abgedeckt. Lediglich bei dem Einzellimit für die Drohverlustrückstellung aus Zinsswaps kam es zu einer geringen Überschreitung des festgelegten Risikolimits. In der Struktur des Risikoportfolios gab es im Vergleich zum Vorjahr keine nennenswerten, risikoerhöhenden Veränderungen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich durch das fortgesetzte und verstärkte Absinken des Zinsniveaus eingetrübt. Hieraus resultiert auch die vorgenannte geringfügige Limitüberschreitung. Die Risikosituation der Sparkasse bewegt sich aber insgesamt noch auf Vorjahresniveau.

Die jeweiligen Limitauslastungen werden innerhalb der Ausführungen zu den einzelnen Risikoarten nachfolgend dargestellt.

Adressenausfallrisiken

Die Adressenausfallrisiken setzen sich aus den Kreditrisiken (Kunden), den Kontrahenten-, Emittenten-, Länder- und den Beteiligungsrisiken zusammen.

Das Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr einer Bonitätsverschlechterung und/oder des Ausfalls einer Person oder einer Unternehmung, zu der eine Kreditbeziehung besteht.

Zentrale Bedeutung für die Kreditrisiken hat die Bonitätsbeurteilung, die bei der Sparkasse am Niederrhein durch den umfassenden Einsatz der Rating- und Scoring-systeme der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH unterstützt wird. Nahezu alle Kreditnehmer verfügen über eine aktuelle Rating- oder Scoringnote. Die volumengewichtete Durchschnittsnote aller Kundengruppen und Risikoklassifizierungsverfahren mit einer Skala von 1 – 18 (beste Note: 1) liegt bei 5,2.

Die Bonitätsbeurteilung im risikorelevanten Kreditgeschäft erfolgt durch erfahrene Kreditanalysten unter Einbeziehung der Informationen der Kundenbetreuer. Entscheidend für die Bonitätseinstufung sind die Einkommens- und Vermögensverhältnisse und die daraus ermittelte Zahlungsfähigkeit. Darüber hinaus werden auch die Sicherheiten berücksichtigt. Die Höhe der möglichen Blankokreditgewährung richtet sich nach der jeweiligen Kundenbonität.

Mit dem Frühwarnsystem der Finanz-Informatik werden problembehaftete bzw. ausfallgefährdete Engagements (Watchlist) selektiert. Falls die Überprüfung die Empfehlung des Frühwarnsystems bestätigt, werden diese Engagements im Anschluss an die Abteilung Sonderkredite zur Sanierung oder Abwicklung übergeleitet.

Das Kreditportfolio wird darüber hinaus anlassbezogen - mindestens jedoch vierteljährlich - auf erkennbare Risiken überprüft. Diesen Risiken wird durch eine angemessene Risikovorsorge Rechnung getragen. Zur Quantifizierung der Risikovorsorge werden relevante Kreditengagements einer Einzelfallbetrachtung unterzogen. Sofern sich hieraus aufgrund der festgestellten Risikolage der Bedarf einer Einzelwertberichtigung ergibt, werden die der Sparkasse am Niederrhein wirksam gestellten Sicherheiten betrachtet. Die realisierbaren Werte dieser Sicherheiten werden entsprechend der mit den Kreditnehmern geschlossenen Sicherheitenvereinbarungen in Abzug gebracht. Als Differenzbetrag ergibt sich so die Höhe des individuellen Risikovorsorgebedarfs. Für latente Risiken werden Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Die Struktur der Ausleihungen zeigt im Vergleich zu den Verbandssparkassen einen unterdurchschnittlichen Anteil bei Unternehmenskrediten und Krediten an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen. Die Branchenstruktur unseres Hauses ist mit der des Verbandes weitgehend vergleichbar. Die Dienstleistungsbranche bildet wie bei den Verbandssparkassen einen Schwerpunkt im Kreditgeschäft. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in dieser Branche gemäß periodisch durchgeführten Analysen eine Vielzahl von unterschiedlichen Dienstleistungen zusammengefasst wird, so dass sich hieraus keine Risikokonzentration ergibt.

Das Kundenkreditvolumen zum Jahresende auf Basis Inanspruchnahme verteilt sich folgendermaßen auf die Hauptbranchen:

Sparkasse am Niederrhein	Mio. Euro*	Anteil in %
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	917	41,31
darunter		
Land-/Forstwirtschaft, Fischerei, Aquakultur	14	(1,53)
Energie-/Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen/Erde	34	(3,71)
Verarbeitendes Gewerbe	78	(8,51)
Baugewerbe	50	(5,45)
Handel; Instandhaltung und Reparatur von KFZ	116	(12,65)
Verkehr und Lagerei; Nachrichtenübermittlung	35	(3,82)
Finanzierungsinstitutionen und Versicherungsunternehmen	54	(5,89)
Dienstleistungsgewerbe	536	(58,45)
Wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen	1.136	51,17
öffentliche Haushalte	126	5,68
sonstige Kreditnehmer	41	1,85
Summe	2.220	100,0

*Zuordnung nach dominierender wirtschaftlicher Tätigkeit.

Auf eine auf das Gesamtgeschäft bezogene Steuerung der Branchenstruktur, z. B. durch den Ausschluss bestimmter Branchen von der Kreditvergabe, verzichten wir, weil dies unseres Erachtens nicht im Einklang mit dem öffentlichen Auftrag unseres Hauses steht.

Im Privatkundengeschäft werden wir die weitgehend besicherte Finanzierung selbstgenutzter Wohnimmobilien wie bisher in den Mittelpunkt unserer kreditgeschäftlichen Aktivitäten stellen.

Die derzeitige großemäßige Schichtung des gesamten Kreditportfolios, die sich in den Vorjahren nicht nennenswert verändert hat, halten wir grundsätzlich für geeignet, eine angemessene Kredit- und Risikostreuung zu erreichen. Trotzdem bestehen Konzentrationen einzelner Kreditnehmer, die einen überproportionalen Anteil am gesamten Kreditrisiko besitzen, der jedoch in den letzten Jahren insgesamt deutlich reduziert wurde.

Bei den kommunalen Kreditnehmern besteht eine Größenkonzentration, die wir bewusst eingegangen sind.

Wir halten die periodischen Adressenausfallrisiken nicht für außergewöhnlich. Sie sind auch im Hinblick auf die vorhandene Risikotragfähigkeit vertretbar.

Die Sparkasse hat das zentral entwickelte Kreditportfoliomodell Credit Portfolio View (CPV) der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH implementiert, das ein Barwertmodul und ein Periodikmodul beinhaltet.

Das Barwertmodul von CPV ermöglicht die Analyse des Kreditportfolios hinsichtlich der Darstellung der erwarteten Verluste, des ökonomischen Kapitalbedarfs, die Berechnung von Größenkonzentrationen sowie die Analyse von Teilportfolien. Das Risikomaß ist der Value-at-Risk und bezeichnet hier die ungünstigste Abweichung vom erwarteten Verlust, die bei einem unterstellten Risikohorizont von einem Jahr mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten wird. Hierbei werden neben Kreditportfoliodaten auch übergreifende Parameter wie Konjunkturlinien, Ratingmigrationen, Ausfallzeitreihen sowie Einbringungs- und Verwertungsquoten berücksichtigt. Das Barwertmodul liefert Zusatzinformationen zum Kreditportfolio. Der Vorstand erhält monatlich einen Bericht der wesentlichen Kennzahlen.

Das Periodikmodul ermöglicht auf derselben Datenbasis wie im Barwertmodul die Schätzung von erwarteten und unerwarteten Verlusten für die periodische Gewinn- und Verlustrechnung unseres Hauses. Wir verwenden hier ebenfalls ein Konfidenzniveau von 99 %. Die Ergebnisse des Periodikmoduls fließen in die monatliche periodische Risikotragfähigkeitsberechnung ein.

Im gewerblichen Kreditgeschäft nutzt die Sparkasse risikoadjustierte Preise (RAP). Neben der Ermittlung einer angemessenen und fairen Bepreisung des Adressenausfallrisikos sollen die risikoadjustierten Preise dazu beitragen, gute Bonitäten mit attraktiven Konditionen an unser Haus zu binden und das Kreditgeschäft mit schlechten Bonitäten tendenziell zu reduzieren. Damit tragen risikoadjustierte Preise zu einer Verbesserung der Qualität des Kreditportfolios bei.

Die in 2014 zu verzeichnenden Belastungen aus dem Kundenkreditgeschäft fielen deutlich geringer aus, als die im Rahmen der Jahresplanung 2014 erwarteten Verluste aus diesem Geschäftsfeld. Das Bewertungsergebnis aus dem Kundenkreditgeschäft hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich verringert.

Unter dem Kontrahentenrisiko verstehen wir das Risiko, dass eine Gegenpartei – vornehmlich im Bereich der Eigenhandelsgeschäfte – vollständig oder teilweise ausfällt und die entsprechende Position zum aktuellen, für die Sparkasse ungünstigeren Marktkurs abgewickelt werden muss. Das Kontrahentenrisiko zielt damit auf den Schwebezustand von Geschäften ab. Dieses Risiko beschränken wir durch die sorgfältige Auswahl unserer Vertragspartner sowie durch Handelslimite je Partner.

Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr des vollständigen oder teilweisen Ausfalls eines Emittenten von Wertpapieren oder sonstigen Finanzinstrumenten. Auch hier werden die Adressenausfallrisiken durch die sorgfältige Auswahl der Emittenten sowie durch Bestandslimite je Partner begrenzt.

Der Gesamtbestand der Eigenhandelsgeschäfte weist eine Konzentration von inländischen Pfandbriefen und Staatsanleihen auf. Der weit überwiegende Teil der ungedeckten Anlagen (Corporates und IHS) entfällt auf Finanzdienstleister. Der hohe Anteil von Anlagen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe basiert auf gruppenstrategischen Erwägungen. Diese Anlageschwerpunkte wurden im Rahmen der Anlagestrategie bewusst gewählt.

Zur Messung des Adressenausfallrisikos für die Eigenanlagen in Wertpapieren verwendet die Sparkasse externe Ratingnoten, welche über die Anwendung SimCorp Dimension (SCD) angeliefert werden.

Der Anteil von Geschäften mit höheren Adressenausfallrisiken wird durch die Anlagestrategie begrenzt.

Im Bereich der Eigenhandelsbestände waren 2014 wie im Vorjahr keine Ausfälle zu verzeichnen.

Es befinden sich keine Anleihen von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Eurostaaten im Eigenbestand der Sparkasse. In den Spezialfonds besteht ein Engagement von insgesamt 12,1 Mio. € in Anleihen von Emittenten mit Sitz in diesen Staaten, welches ein hohes Maß an Diversifikation aufweist.

Insgesamt sind derzeit aus der Struktur der Wertpapieranlagen keine erhöhten latenten Risiken abzuleiten.

Das Länderrisiko im grenzüberschreitenden Kreditgeschäft besteht in der Gefahr, dass Zins- und Tilgungsleistungen ausländischer Kreditnehmer nicht termingerecht, nicht vollständig oder gar nicht geleistet werden, wobei die Zahlungsunfähigkeit oder die fehlende Zahlungsbereitschaft durch das Land verursacht wird, in dem der Schuldner ansässig ist, und nicht durch den Schuldner oder dessen Bonität. Das Kreditvolumen außerhalb Deutschlands ist im Vergleich zu den gesamten Aktiva unbedeutend, so dass hier keine nennenswerten Risiken bestehen.

Das Beteiligungsrisiko wird als die Gefahr verstanden, dass aus der Bereitstellung von Eigenkapital für Dritte Verluste entstehen. Die Steuerung erfolgt im Rahmen der Geschäfts- und Risikostrategie.

Wesentlichste Beteiligung ist die Pflichtbeteiligung am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV). Diese stellt ein Klumpenrisiko dar. Das Risiko muss getragen werden.

Bei zwei Beteiligungen, haben wir Abschreibungen und bei einer Beteiligung eine Zuschreibung vorgenommen. Die Belastung aus Beteiligungen ist insgesamt deutlich geringer als der in der Jahresplanung 2014 erwartete Wert. Im Vorjahresvergleich ist eine spürbare Reduzierung des Bewertungsaufwands für Beteiligungen festzustellen.

Über die Adressenausfallrisiken wird der Vorstand vierteljährlich durch einen ausführlichen Bericht informiert.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeit bewegten sich die Belastungen aus Adressenrisiken im Kundenkreditgeschäft, Adressenausfallrisiken aus Eigenhandelsgeschäften und Beteiligungen jederzeit innerhalb der entsprechenden Limite.

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken sind mögliche Ertrags- und Vermögenseinbußen zu verstehen, die sich aus der Veränderung von Marktpreisen ergeben. Die Sparkasse am Niederrhein differenziert bei den Marktpreisrisiken zwischen Zinsänderungs-, Spread-, Aktienkurs-, Währungs-, Immobilien- und Optionsrisiko.

Das Zinsänderungsrisiko lässt sich in das periodische Zinsspannenrisiko, das periodisch orientierte Abschreibungsrisiko und das wertorientierte Zinsänderungsrisiko differenzieren.

Die Quantifizierung des Zinsänderungsrisikos erfolgt auf Grundlage der Cashflows der Einzelgeschäfte. Die Cashflows von Produkten mit unbestimmter Zinsbindungs- bzw. Kapitalfälligkeit werden anhand von Mischungen gleitender Durchschnitte unterschiedlicher Zinsbindungsfristen modelliert, die unter der Berücksichtigung der Historie und erwarteter Zinsentwicklungen im Hinblick auf das Konzept konstanter Margen abgeleitet werden.

Im Rahmen der periodischen Betrachtung wird das Zinsspannenrisiko als negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert interpretiert. Das Abschreibungsrisiko gibt die Kursverluste von Wertpapieren an, die aus Veränderungen der Marktzinsen resultieren. Negative Wertänderungen der verzinslichen Vermögens- und Schuldpositionen aufgrund von Veränderungen der risikolosen Zinskurve bilden das wertorientierte Zinsänderungsrisiko.

Zur Bilanzstruktursteuerung und zur periodischen Ermittlung des Zinsspannenrisikos nutzt die Sparkasse neben dem Sparkassen-Prognosesystem den GuV-Planer. Mit dem GuV-Planer werden verschiedene Szenarien der Zinsspannenentwicklung unter Berücksichtigung der strategischen Ziele simuliert.

Auf der Grundlage der Ergebnisse des GuV-Planers können gezielte Steuerungsmaßnahmen zur Ertragsverbesserung unter Chancen-/Risikoaspekten vorgenommen werden.

Die Zinsspanne 2014 entspricht nahezu dem Vorjahresergebnis. Sie entwickelte sich schwächer als prognostiziert.

Das Abschreibungsrisiko des Eigengeschäftes wird durch das Risikocontrolling im Wesentlichen mit der Anwendung SimCorp Dimension (SCD) nach Art und Höhe bewertet. Dabei wurde 2014 für die unterjährige Messung das Value-at-Risk-Konzept (Moderne historische Simulation) mit einer Haltedauer von 60 Handelstagen und einer Datenhistorie von 500 Handelstagen bei einem Konfidenzniveau von 99 % eingesetzt.

Als Spreadrisiko werden Renditedifferenzen bezeichnet, die die mit einer Anlage verbundenen Risiken, insbesondere aus der Bonität eines Emittenten oder der (fehlenden) Handelbarkeit einer Anlage kompensieren. Das Spreadrisiko besteht für die Sparkasse als Investor insbesondere in der Ausweitung von Renditedifferenzen aufgrund von unerwarteten Verschlechterungen der Bonität einzelner Emittenten oder der Ausweitung von Risikoaufschlägen für bestimmte Ratingklassen, die ein Abschreibungsrisiko der entsprechenden Positionen im Depot A (Eigenhandelsgeschäfte) verursachen können. Eine Spreadausweitung hat ebenfalls Auswirkungen auf die Liquiditätsposition, weil die betroffenen Wertpapiere nur zu ungünstigeren Konditionen veräußert werden könnten.

Die Messung erfolgt zusammen mit dem zinsinduzierten Abschreibungsrisiko in SCD.

Das Eigengeschäft wird nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Auf dieser Bewertungsgrundlage wurde 2014 ein positives Bewertungsergebnis erzielt. Im Vorjahr war in diesem Geschäftsfeld ein leicht negatives Bewertungsergebnis zu verzeichnen.

Im Kreditportfolio befinden sich strukturierte Schuldscheindarlehen, bei denen nach Ablauf der Festzinsvereinbarung eine jährliche Zinsanpassung an einen langfristigen Kapitalmarktzins erfolgt. Diese Schuldscheindarlehen werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Die Bewertung erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip. Für das Jahr 2014 musste wie im Vorjahr keine Wertberichtigung vorgenommen werden.

In der Risikotragfähigkeit wird das Bewertungsrisiko aus diesen Schuldscheindarlehen unter den Marktpreisrisiken dargestellt.

Die zur Absicherung der Marktpreisrisiken der Zinsswaps, deren Laufzeit die Laufzeit der korrespondierenden Geschäfte des Refinanzierungsverbands übersteigt, gebildete Rückstellung wurde nach einer Teilauflösung im Vorjahr im Jahresabschluss 2014 wieder deutlich erhöht.

Zur Ermittlung des barwertigen Zinsänderungsrisikos des gesamten Zinsbuches nutzt die Sparkasse die Software S-Treasury.

Der Value-at-Risk wird mittels des Verfahrens der „Modernen historischen Simulation“ auf Basis der Zinsentwicklungen seit 1988, einer unterstellten Haltedauer von drei Monaten (63 Handelstage) und einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet. Der Value-at-Risk ist hierbei als Abweichung der Wertentwicklung des Zinsbuches innerhalb von drei Monaten von der mittleren Performance des Barwertes aller Szenarien definiert.

Mit ihrem Rundschreiben 11/2011 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) den zu simulierenden Zinsschock auf +/- 200 Basispunkte normiert. Die Sparkasse am Niederrhein ist im Sinne dieses Rundschreibens ein Institut mit „erhöhten Zinsänderungsrisiken“. Dies bedeutet, dass sich der Wertverlust des Zinsbuches der Sparkasse durch den von der BaFin definierten Zinsschock oberhalb der festgelegten Meldeschwelle bewegt.

Die BaFin stellt jedoch bereits in ihrem Anschreiben zum o. g. Rundschreiben klar, dass sie diese Schwelle nicht als Risikosteuerungsgröße versteht. Sie ist sich bewusst, dass der aufsichtsrechtliche Zinsrisikokoeffizient keine ökonomische Steuerungsgröße darstellt. Im Rundschreiben der BaFin wird explizit darauf hingewiesen, dass die Meldeschwelle nicht als aufsichtsrechtlich vorgegebene Obergrenze für das Eingehen von Zinsänderungsrisiken interpretiert werden darf.

Über die Entwicklung des periodischen Zinsspannenrisikos und des wertorientierten Zinsänderungsrisikos erhält der Vorstand quartalsweise einen Bericht. Die Ergebnisse des periodischen Abschreibungsrisikos der Eigengeschäfte werden dem Vorstand anlassbezogen, jedoch mindestens monatlich, vorgelegt.

Das Aktienkursrisiko im engeren Sinne ergibt sich aus möglichen Änderungen des gesamten Aktienmarktes. Es beschreibt als Marktpreisrisiko die Gefahr, dass durch Preisänderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht. Negative Kurswertänderungen von Aktien aufgrund von Bonitätsverschlechterungen eines Emittenten (= spezifisches Aktienkursrisiko) sind zwar streng genommen den Adressenausfallrisiken zuzuordnen, werden aufgrund der fehlenden Möglichkeiten zur Differenzierung jedoch ebenfalls dem Aktienkursrisiko zugeordnet. Die Sparkasse am Niederrhein hat 2014 keine Aktienbestände gehalten.

Das Währungsrisiko wird als Gefahr einer Vermögensminderung infolge von Devisenkursschwankungen definiert. Aufgrund der unwesentlichen Bestände besteht in unserem Hause kein relevantes Währungsrisiko.

Als Immobilienrisiko verstehen wir die Gefahr eines Verkehrswertrückganges für Immobilien. Das Immobilienrisiko resultiert aus Immobilien, die im Rahmen von Rettungserwerben erworben wurden und weiterveräußert werden sollen. 2014 ergab sich in diesem Bereich kein Bewertungsverlust. Im Vorjahr war hier ein zu vernachlässigender Bewertungsverlust zu verzeichnen.

Das Optionsrisiko wird in ein originäres und ein implizites Optionsrisiko differenziert. Das originäre Optionsrisiko (Deltarisiko) ist ein Teilrisiko des betriebswirtschaftlichen Marktpreisrisikos von Optionen und gibt die Sensitivität des Optionspreises gegenüber Preisänderungen des Basiswertes an. Das implizite Optionsrisiko besteht aus Optionsrechten von Kunden und institutionellen Geschäftspartnern (z. B. Institute der Sparkassen-Finanzgruppe), die sowohl in Aktiv- als auch in Passivprodukten eingebettet sein können. Originäre Optionsrisiken ist die Sparkasse am Niederrhein 2014 nicht eingegangen. Implizite Optionsrisiken bestehen und werden in die Risikomessung mit einbezogen.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeit wurden in 2014 die Limite für Marktpreisrisiken (Zinsspannenrisiko, Abschreibungsrisiko für das Eigengeschäft, Immobilienrisiko und Bewertung der strukturierten Schuldscheindarlehen) nicht überschritten. Bei der Drohverlustrückstellung für Swaps entstand am Ende des Jahres 2014 die bereits erwähnte marginale Limitüberschreitung.

Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken werden in das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko und das Marktliquiditätsrisiko unterteilt. Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne ist die Gefahr, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Beim Refinanzierungsrisiko handelt es sich um das Risiko, dass Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann. Als Marktliquiditätsrisiko bezeichnet man die Gefahr, in einzelnen Produkten nicht oder nicht zu erwarteten Konditionen kontrahieren zu können.

Liquiditätsrisiken steuert die Sparkasse durch eine vorsichtige und angemessene Liquiditätsvorsorge und eine verantwortungsvolle Strukturierung der Aktiva und Passiva. Die Überwachung und Steuerung der Liquidität erfolgt im Rahmen der täglichen Liquiditätsdisposition. Darüber hinaus werden monatlich die im weiteren 12-Monats-Verlauf eintretenden Salden aus Fälligkeiten der Aktiva und Passiva zur Steuerung der mittelfristigen Liquiditätsentwicklung ermittelt und dem Vorstand zur Kenntnis gegeben. Außerdem werden unterschiedliche Szenariobetrachtungen durchgeführt. Dabei orientiert sich die Sparkasse an den Anforderungen der Liquiditätsverordnung. Vierteljährlich bestimmt die Sparkasse zusätzlich den Zeitraum, in dem sie auch unter strengen Prämissen zahlungsfähig bleibt (Survival Period). Um erforderlichenfalls zeitnah und strukturiert reagieren zu können, hat die Sparkasse Frühwarnschwellen definiert und eine Liquiditätsliste erstellt, die monatlich aktualisiert wird.

Die Sparkasse verfügt – wie es auch die Liquiditätskennzahl zeigt – insgesamt über eine gute Liquiditätsposition.

Aufgrund der Ausrichtung ihres Geschäftsmodelles auf das Kundengeschäft verfügt die Sparkasse über Refinanzierungsquellen in Form von diversifizierten Kundeneinlagen. Über das Kundengeschäft hinaus hat die Sparkasse Zugang zu weiteren Refinanzierungsquellen. So wurden der Sparkasse beispielsweise durch Verbundpartner Refinanzierungsmöglichkeiten eingeräumt.

Die Sparkasse verfügt über ausreichende Liquiditätsreserven. Es besteht bis auf weiteres keine Notwendigkeit, Wertpapiere aufgrund von Liquiditätserwägungen vor Fälligkeit unter Inkaufnahme von Kursabschlägen zu veräußern.

Das Risiko einer Illiquidität ist nicht sinnvoll durch Risikodeckungspotenzial zu begrenzen. Für erhöhte Refinanzierungskosten bestand im Geschäftsjahr 2014 ein Verlustlimit, das wie in den Vorjahren jederzeit eingehalten wurde.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind definiert als die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten. Kreditinstitute nutzen u. a. im Rahmen der Risikoüberwachung quantitative Modelle. Das Risiko, dass die hinter den zum Teil komplexen Modellen stehenden Annahmen in der Praxis nicht oder nur teilweise eintreten, wird als Modellrisiko bezeichnet. Das Modellrisiko

stellt einen Teil des operationellen Risikos (Unangemessenheit oder Versagen von internen Verfahren) dar. In den operationellen Risiken ist auch das Rechtsrisiko enthalten. Unter dem Rechtsrisiko versteht man die Gefahr von Schäden durch Rechtsprozesse, Klagen etc. Das Rechtsrisiko ist ein Sekundärrisiko, das eine mögliche Folge zu einem operationellen Risiko darstellt.

Operationellen Risiken wirkt der Vorstand durch Notfallpläne, ein zeitgemäßes Anweisungswesen, ein internes Kontrollsystem, dem Einsatz von qualifiziertem Personal sowie weitgehende Verwendung von Standardverträgen entgegen. Ein adäquater Versicherungsschutz verhindert unangemessene finanzielle Belastungen aus Ereignissen, die von der Sparkasse nicht beeinflusst werden können.

Einen Schwerpunkt der operationellen Risiken bildet die IT-Sicherheit. Die Sparkasse hat technische und organisatorische Vorkehrungen gegen den Ausfall von Hardware, Software und Netzwerken sowie zur Datensicherung getroffen. Differenzierte Berechtigungssysteme sowie Kontroll- und Überwachungsprozesse gewährleisten den Schutz von vertraulichen Informationen vor unberechtigten Zugriffen. Bei der Umsetzung der verabschiedeten IT-Sicherheitspolitik folgt unser Haus den Konzepten des Rahmenwerks „Sicherer IT-Betrieb“ des Informatikzentrums der Sparkassen-Finanzgruppe in der Fassung der Finanz-Informatik und gewährleistet so die Einhaltung der definierten Sicherheitsstandards und die Funktion des IT-Sicherheits-Managementsystems.

Die Sparkasse setzt die vom DSGVO im Projekt "Operationelle Risiken" entwickelten Instrumente Schadensfalldatenbank und Risikoinventur ein. In der Schadensfalldatenbank werden tatsächlich eingetretene Schäden aus operationellen Risiken ab einem Betrag von 1.000 € erfasst (ex-post Betrachtung). Die auf Basis von Interviews oder Fragebögen erfolgte Inventur operationeller Risiken wird zur ex-ante Beurteilung möglicher Schäden genutzt. Die Auslastung lag 2014 unverändert innerhalb des Puffers für Verluste aus operationellen Risiken. Die Schadenshöhe der eingetretenen Schäden bewegt sich aufgrund von Wertkorrekturen im Kundenkreditgeschäft, die durch den Eintritt operationeller Risiken verursacht worden sind, über der Größenordnung des Vorjahres. Die Sparkasse hat Maßnahmen ergriffen, um gleichartige Schadensereignisse zukünftig zu vermeiden.

Zu etwaigen fehlerhaften Widerrufsbelehrungen im Darlehensgeschäft besteht eine uneinheitliche Rechtsprechung, so dass ein möglicherweise hieraus resultierendes Risiko nur schwer abschätzbar ist. Konkrete Schäden aus fehlerhaften Widerrufsbelehrungen sind 2014 nicht eingetreten. Unseres Erachtens bestehen keine begründeten Ansprüche gegen unser Haus.

Die Ergebnisse aus Schadensfalldatenbank und Risikoinventur werden jährlich zu Berichten an den Vorstand zusammengefasst.

Sonstige Risiken

Das Reputationsrisiko beinhaltet die Gefahr, dass sich das Ansehen bzw. die öffentliche Meinung über unser Institut negativ verändert. Es stellt für die Sparkasse ein Folgerisiko dar. Reputationsrisiken entstehen i. d. R. dann zusätzlich, wenn wesentliche Risiken, wie z. B. prominente Ausfälle im Kreditgeschäft, schlagend werden.

Zur konkreten Ermittlung der von Reputationsrisiken ausgelösten Schäden steht kein technisches Verfahren zur Verfügung. Etwaige Auswirkungen würden daher im Risikodeckungspotenzial oder den zu Grunde liegenden Risikoarten abgebildet.

Die Risiken, dass realisierte Erträge und/oder Aufwendungen negativ von den geplanten Werten abweichen, würden sich im Risikodeckungspotenzial unseres Hauses niederschlagen. Bei der Jahresplanung wird daher ein Puffer für negative Prognoseabweichungen berücksichtigt.

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf - RSGV- mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart. Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seinem Anteil (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. € und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € zu übernehmen. Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. € als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € unverändert bleibt.

Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Gesamtverpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2014 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden. Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihrem Anteil am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an unserer Beteiligungsquote am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (2,1 %). Zum 31.12.2014 beträgt unsere Beteiligungsquote 2,0 %. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten spätestens nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen.

Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge von 9,5 Mio. € durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2014 1,6 Mio. €. Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die im Rahmen des periodischen Risikotragfähigkeitskonzeptes beschlossene Verlustobergrenze wurde wie im Vorjahr nicht überschritten.

Wir gehen davon aus, dass die Entwicklung in den beschriebenen Risikokategorien 2014 mit dem Geschäftsjahr 2014 vergleichbar ist. Die Sparkasse am Niederrhein verfügt über ausreichende Mittel zur Deckung der bestehenden Risiken. Die stabile Risikotragfähigkeit ist nach wie vor gewährleistet.

Es bestehen keine außergewöhnlichen Risiken, deren Eintritt den Geschäftsverlauf der Sparkasse am Niederrhein wesentlich negativ beeinflussen könnte, somit eine Gefährdung der weiteren Entwicklung nach sich zögen oder gar bestandsgefährdend wären.

Unabhängig von der stabilen Risikotragfähigkeit unseres Hauses bedeutet der Haftungsverbund umfassende Sicherheit für unsere Kundschaft.

Prognosebericht

Wir weisen darauf hin, dass die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von unseren Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen können.

Die Ausgangslage für die deutsche Wirtschaft ist zu Beginn des Jahres 2015 positiv. Verschiedene Frühindikatoren weisen auf ein anziehendes Wirtschaftswachstum im Jahresverlauf hin. Der Ifo Geschäftsklimaindex stieg im November 2014 erstmals nach sechs Rückgängen in Folge wieder an. Seitdem haben sich sowohl die Einschätzung der Lage wie auch der künftigen Geschäftserwartungen kontinuierlich verbessert.

Auch die ZEW-Konjunkturerwartungen lassen eine positive Entwicklung im weiteren Jahresverlauf 2015 erwarten. Die Einschätzung der derzeitigen konjunkturellen Lage in Deutschland hat sich zu Jahresbeginn deutlich verbessert.

Wesentliche Gründe für die verbesserte Stimmungslage dürften der drastische Rückgang des Ölpreises und die Abwertung des Euro sein. Gleichzeitig bleiben andere Rahmenbedingungen weiterhin positiv. Die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt und steigende Reallöhne fördern den privaten Konsum. Steigende Steuereinnahmen, geringere Ausgaben für die Arbeitslosigkeit und extrem niedrige Zinsen für die deutsche Staatsschuld schaffen die Voraussetzung, dass die Staatsausgaben zum Wirtschaftswachstum beitragen können. Die Finanzlage der Unternehmen und die äußerst komfortablen Finanzierungsmöglichkeiten bieten zudem gute Voraussetzungen für eine steigende Investitionstätigkeit.

Die größten Unsicherheiten sind derzeit politischer Natur. Sollten sich die geopolitischen Risiken jedoch verringern bzw. nicht weiter zuspitzen, wird es im Zuge einer anziehenden Weltkonjunktur auch zu einer Wachstumsbeschleunigung in Deutschland kommen. Für Deutschland bewegen sich die Prognosen zur Entwicklung des realen BIP auf einem ähnlichen Niveau wie in 2014.

Die allgemeine Preisentwicklung wird den Prognosen zufolge weiter rückläufig sein. Die Prognosen liegen zwischen +0,7% und +1,5%. Damit liegt die Inflationsrate auch in Deutschland deutlich unter der EZB-Zielmarke von knapp 2%.

Im Jahresverlauf 2015 wird allgemein eine Belebung der Investitionstätigkeit erwartet. Sofern die Exporte und die Konsumausgaben wie erwartet zunehmen, wird die Kapazitätsauslastung weiter steigen und damit die Investitionstätigkeit anregen. Die Finanzierungsbedingungen bleiben auf absehbare Zeit sehr günstig.

Der Außenhandel wird sich in 2015 den Prognosen zufolge schwunghaft entwickeln, sowohl auf der Export- wie auch auf der Importseite. Die Exporte profitieren vom prognostizierten Anziehen der Weltkonjunktur, unterstützt durch den schwächeren Euro. Die Importe werden durch die anziehende Exporttätigkeit und die steigenden Konsumausgaben der privaten Haushalte angeregt. Der Finanzierungssaldo des Staates wird in 2015 voraussichtlich erneut positiv ausfallen. Die staatlichen Konsumausgaben werden steigen.

Das nominale Volkseinkommen wird in 2015 voraussichtlich deutlich zunehmen. Beim verfügbaren Einkommen wird ein weiterer Anstieg erwartet. Die Wirtschaftsforscher erwarten mehrheitlich nur einen geringfügigen Anstieg der Sparquote. Dementsprechend wird ein deutlicher Anstieg der privaten Konsumausgaben erwartet.

Die Aussichten für den deutschen Arbeitsmarkt sind weiterhin gut. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen hat zugenommen. Die großen Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten in 2015 eine zunächst verhaltene, im Zuge steigender Produktionszahlen dann stärkere Zunahme der Beschäftigung. Im Jahresdurchschnitt werden 42,8 bis 42,9 Millionen Menschen erwerbstätig sein. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote wird sich in 2015 voraussichtlich kaum ändern.

Für unsere Region erwarten wir keine von den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute abweichenden Entwicklungen.

Mit der Ausrichtung der Sparkasse am Niederrhein als Vertriebsparkasse auf ihren Markt in ihrer Region ist es das Ziel, eine hohe Kundenzufriedenheit zu erreichen. Insbesondere die aktive Kundenansprache und die ganzheitliche Beratung stehen weiter im Mittelpunkt. Das Sparkassen-Finanzkonzept ist ein Mittel, eine qualitativ einheitliche und faire Beratung sicherzustellen. Es unterstützt die Beraterinnen und Berater bei ihren strukturierten und zielorientierten Kundengesprächen. Im Vordergrund stehen dabei immer umfassende und gemeinsame Lösungen zu allen Finanzbausteinen - Service, Absicherung, Altersvorsorge und Vermögen.

In 2014 haben wir unsere konsequente Ausrichtung zur Vertriebsparkasse fortgesetzt. Dass dieser Weg sehr positiv umgesetzt wurde, ist uns unter anderem durch externe Bewertungen bestätigt worden. So wurde die Sparkasse am Niederrhein beim City Contest 2014 des Wirtschaftsmagazins Focus Money im Juli 2014 wiederum zum Testsieger im Bereich Privatkundenberatung in Moers ausgezeichnet.

Im September 2014 haben 3.230 (Vorjahr 2.640) Online-Banking-Kunden an einer Online-Befragung unseres Hauses teilgenommen. 98 % (Vorjahr 94 %) haben die Sparkasse insgesamt mit ausgezeichnet, sehr gut und gut bewertet. Auch zukünftig werden wir unsere Kunden nach ihrer Zufriedenheit mit unseren Leistungen befragen.

Aufgrund verschiedener Faktoren rechnen wir auch 2015 damit, dass unsere gesamten Forderungen an Kunden leicht steigen werden.

Im Umfeld von weiterhin hohen Tilgungsrückflüssen konnten wir unseren Wachstumskurs beim Bestand von Krediten an Privatpersonen fortsetzen. Der Schwerpunkt unseres Kreditgeschäftes mit Privatkunden liegt in der Finanzierung des Erwerbs von Immobilien und von Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Die Strategie, unsere Kunden insbesondere für Investitionen zum Energiesparen und zur Altersvorsorge zu motivieren, werden wir auch in der Zukunft verfolgen.

Im Firmenkundengeschäft erwarten wir weiterhin eine positive Entwicklung. Durch das gute Geschäftsklima rechnen wir aufgrund zunehmender Investitionsbereitschaft mit einem weiteren Zuwachs der Kundenforderungen im gewerblichen Kreditportfolio sowie im Verbundgeschäft mit der Deutschen Leasing AG.

Bei den Einlagen erwarten wir, dass wir den Gesamtbestand der Kundeneinlagen gegenüber 2014 leicht steigern können.

Um den Ausbau der Versicherungsagentur langfristig erfolgreich zu gestalten, wird das in 2013 begonnene Projekt, mit dem wir das Wachstum dieses Geschäftszweiges fördern, weiterhin nachhaltig umgesetzt. Ziel ist es weiterhin, den Versicherungsbestand auszubauen und den Kunden eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Beratung anbieten zu können, die im Einklang mit dem Sparkassenfinanzkonzept steht.

Durch eine zielgerichtete und bedarfsorientierte Weiterbildungsplanung sorgen wir auch in Zukunft dafür, dass unsere Kunden von gut ausgebildeten Beraterinnen und Beratern betreut werden, unsere Kolleginnen und Kollegen in den vertriebsunterstützenden Einheiten allen fachlichen und rechtlichen Anforderungen auf Augenhöhe begegnen und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von verantwortungsbewussten und kompetenten Führungskräften geleitet werden.

In einem von intensivem Wettbewerb geprägten Marktumfeld sind Kostenbewusstsein und eine Verbesserung der Erträge - wie bereits in der Vergangenheit - unsere Ziele für die nächsten Jahre. In einer weiteren Konzentration auf unsere Vertriebspotenziale, die durch aktive Kundenansprache und ganzheitliche Beratung bzw. Betreuung gekennzeichnet sind, liegen unsere Zukunftschancen.

Chancen sehen wir auch darin, neben unserer bewährten Produktpalette modifizierte Produkte zu platzieren. Durch unseren Internet-Auftritt stellen wir unseren Kunden und Neukunden in der Internetfiliale Online-Abschlussmöglichkeiten zu Produkten und Dienstleistungen zur Verfügung. Auf Wunsch kann der Kunde mit einem Mitarbeiter der Internetfiliale per Video oder Chat kommunizieren. Zukünftig wird dieses Angebot ausgeweitet. Die Serviceleistungen unserer Internetfiliale werden kontinuierlich ausgebaut und die technische Basis an die aktuellen Entwicklungen angepasst.

Wir rechnen für 2015 mit weiterhin niedrigen Zinssätzen. Der Zinsüberschuss wird sich im Jahr 2015 gegenüber dem Jahr 2014 voraussichtlich um 0,04 % der erwarteten Durchschnittsbilanzsumme von 3.067,9 Mio. € verringern.

Nach unserer Einschätzung werden der ordentliche Ertrag und die Provisionsüberschüsse durch die dargestellten Vertriebsaktivitäten auf dem Niveau des Jahres 2014 liegen.

Im laufenden Jahr rechnen wir aufgrund einer höheren Mitarbeiteranzahl und der Tarifsteigerungen mit einem im Vergleich zum Jahr 2014 um 0,05 % der Durchschnittsbilanzsumme steigenden Personalaufwand.

Der Sachaufwand wird weiterhin restriktiv geplant und die Sensibilität für Kosten weiterhin geschärft. In 2015 gehen wir dennoch von einem um 0,04 % der Durchschnittsbilanzsumme höheren Aufwand gegenüber 2014 aus.

Für das Jahr 2015 ist es unser Ziel, die Cost-Income-Ratio (CIR) unterhalb von 75 % zu halten.

Insgesamt erwarten wir für das Jahr 2015 ein gegenüber 2014 merklich verringertes Betriebsergebnis vor Bewertung. Dies ist im Wesentlichen durch den erwarteten geringeren Zinsüberschuss und den erwarteten höheren ordentlichen Aufwand begründet.

Aufgrund der bereits eingetretenen und der von uns erwarteten Zinsentwicklung ist mit einem weiteren deutlichen Aufwand aus der imparitätischen Bewertung der Zinsswaps zu rechnen.

Entsprechend unserer Geschäfts- und Risikostrategie gehen wir davon aus, dass uns das Betriebsergebnis vor Bewertung 2015 in die Lage versetzt, mögliche weitere Risikobelastungen auszugleichen. Aufgrund der prognostizierten Zinsentwicklung erwarten wir keine wesentlichen Belastungen aus unserem Bestand an festverzinslichen Wertpapieren. Im Kreditgeschäft erwarten wir einen Bewertungsaufwand, der das durchschnittliche Niveau der Vorjahre nicht überschreitet.

Für 2014 hatten wir einen Jahresüberschuss erwartet, der eine angemessene Aufstockung der Sicherheitsrücklage ermöglicht. Dies haben wir erreicht.

Auch zukünftig muss die Sparkasse am Niederrhein aus den Gewinnen, die sie erwirtschaftet, über den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB Rücklagen für die anteilige Haftung aus den Risiken der Ersten Abwicklungsanstalt bilden.

Am 01.01.2014 ist Basel III mit CRR und CRD IV nebst nationaler Umsetzung in Kraft getreten. Nach Festlegung der technischen Standards durch die European Banking Authority (EBA), lässt sich feststellen, dass sich die Eigenmittelsituation der Sparkasse am Niederrhein aufgrund der vorhandenen Qualität der Eigenmittel und die Zuführung zum Eigenkapital aus dem Jahresabschluss 2013 verbessert hat.

Die ebenfalls durch Basel III neu adressierten Anforderungen an bestimmte Liquiditätsrelationen sind ab dem Stichtag 31.03.2014 im Rahmen einer Beobachtungsphase regelmäßig an die zuständigen Behörden zu melden. Hier wird die Aufsicht nach Ende der Beobachtungsphase die endgültigen Parameter festlegen.

Unter Einbeziehung der oben dargestellten Erwartungen wird sich auch im Jahre 2015 voraussichtlich ein Überschuss ergeben, der eine angemessene weitere Aufstockung der vorgenannten Eigenmittel als Basis für die künftige Geschäftstätigkeit ermöglicht. Diese ist erforderlich, weil sich ab dem 01.01.2016 die Kapitalanforderungen planmäßig weiter erhöhen werden.

Moers, 24. März 2015

Sparkasse am Niederrhein

Der Vorstand

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2014

der	SPARKASSE AM NIEDERRHEIN - Sparkasse des Kreises Wesel und der Städte Moers, Neukirchen-Vluyn und Rheinberg
Land	Nordrhein-Westfalen
Regierungsbezirk	Düsseldorf

Aktivseite
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2014

	Euro	Euro	Euro	31.12.2013 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		<u>31.103.163,98</u>		<u>35.046</u>
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>16.771.440,52</u>		<u>17.673</u>
			<u>47.874.604,50</u>	<u>52.719</u>
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) Wechsel		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>-,-</u>	<u>-</u>
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		<u>105.958.001,68</u>		<u>108.282</u>
b) andere Forderungen		<u>256.027.376,49</u>		<u>165.933</u>
			<u>361.985.378,17</u>	<u>274.215</u>
4. Forderungen an Kunden			<u>2.185.118.591,23</u>	<u>2.147.844</u>
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	<u>1.135.563.117,64</u> Euro			<u>(1.124.016)</u>
Kommunalkredite	<u>210.776.263,84</u> Euro			<u>(201.224)</u>
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>-,-</u> Euro			<u>(-)</u>
ab) von anderen Emittenten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>-,-</u> Euro			<u>(-)</u>
			<u>-,-</u>	<u>-</u>
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		<u>150.760.496,00</u>		<u>160.767</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>140.760.496,00</u> Euro			<u>(151.011)</u>
bb) von anderen Emittenten		<u>193.132.256,89</u>		<u>204.566</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>188.209.133,60</u> Euro	<u>343.892.752,89</u>		<u>365.333</u>
				<u>(204.566)</u>
c) eigene Schuldverschreibungen		<u>2.388.716,95</u>		<u>3.881</u>
Nennbetrag	<u>2.301.300,00</u> Euro			<u>(3.714)</u>
			<u>346.281.469,84</u>	<u>369.213</u>
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			<u>106.915.745,73</u>	<u>85.998</u>
6a. Handelsbestand			<u>-,-</u>	<u>-</u>
7. Beteiligungen			<u>46.876.820,51</u>	<u>46.359</u>
darunter:				
an Kreditinstituten	<u>-,-</u> Euro			<u>(-)</u>
an Finanzdienstleistungsinstituten	<u>-,-</u> Euro			<u>(-)</u>
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			<u>-,-</u>	<u>-</u>
darunter:				
an Kreditinstituten	<u>-,-</u> Euro			<u>(-)</u>
an Finanzdienstleistungsinstituten	<u>-,-</u> Euro			<u>(-)</u>
9. Treuhandvermögen			<u>4.340.358,93</u>	<u>3.783</u>
darunter:				
Treuhandkredite	<u>4.340.358,93</u> Euro			<u>(3.783)</u>
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			<u>-,-</u>	<u>-</u>
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		<u>-,-</u>		<u>0</u>
c) Geschäfts- oder Firmenwert		<u>-,-</u>		<u>-</u>
d) geleistete Anzahlungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>-,-</u>	<u>0</u>
12. Sachanlagen			<u>27.075.363,95</u>	<u>29.072</u>
13. Sonstige Vermögensgegenstände			<u>2.907.864,13</u>	<u>32.917</u>
14. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>1.290.271,14</u>	<u>1.517</u>
15. Aktive latente Steuern			<u>-,-</u>	<u>-</u>
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			<u>-,-</u>	<u>-</u>
Summe der Aktiva			<u>3.130.666.468,13</u>	<u>3.043.637</u>

				Passivseite	
				31.12.2013	
				Euro	Euro
				Euro	Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			2.632.005,52		1.853
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>457.863.067,35</u>		<u>459.842</u>
				<u>460.495.072,87</u>	<u>461.694</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	630.847.119,73				612.557
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>4.929.413,65</u>				<u>7.573</u>
			<u>635.776.533,38</u>		<u>620.130</u>
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	1.225.052.904,71				1.093.942
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>503.790.663,74</u>				<u>566.022</u>
			<u>1.728.843.568,45</u>		<u>1.659.964</u>
				<u>2.364.620.101,83</u>	<u>2.280.094</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			<u>11.548.763,91</u>		<u>22.669</u>
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			<u>-</u>		<u>-</u>
darunter:					
Geldmarktpapiere	- Euro				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	- Euro				(-)
				<u>11.548.763,91</u>	<u>22.669</u>
3a. Handelsbestand				<u>-</u>	<u>-</u>
4. Treuhandverbindlichkeiten				<u>4.340.358,93</u>	<u>3.783</u>
darunter:					
Treuhandkredite	4.340.358,93 Euro				(3.783)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				<u>4.342.156,42</u>	<u>3.466</u>
6. Rechnungsabgrenzungsposten				<u>1.551.181,85</u>	<u>1.898</u>
6a. Passive latente Steuern				<u>-</u>	<u>-</u>
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			<u>22.076.428,00</u>		<u>21.639</u>
b) Steuerrückstellungen			<u>882.349,00</u>		<u>-</u>
c) andere Rückstellungen			<u>22.168.867,90</u>		<u>16.383</u>
				<u>45.127.644,90</u>	<u>38.022</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil				<u>-</u>	<u>-</u>
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				<u>388.400,00</u>	<u>388</u>
10. Genusssrechtskapital				<u>-</u>	<u>-</u>
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	- Euro				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				<u>75.477.670,81</u>	<u>72.195</u>
darunter:					
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	- Euro				(-)
12. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital			<u>-</u>		<u>-</u>
b) Kapitalrücklage			<u>-</u>		<u>-</u>
c) Gewinnrücklagen					
ca) Sicherheitsrücklage	159.429.168,55				155.891
cb) andere Rücklagen	<u>-</u>				<u>-</u>
			<u>159.429.168,55</u>		<u>155.891</u>
d) Bilanzgewinn			<u>3.345.948,06</u>		<u>3.538</u>
				<u>162.775.116,61</u>	<u>159.429</u>
Summe der Passiva				<u>3.130.666.468,13</u>	<u>3.043.637</u>
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			<u>-</u>		<u>-</u>
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			<u>20.959.479,62</u>		<u>20.568</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			<u>-</u>		<u>-</u>
				<u>20.959.479,62</u>	<u>20.568</u>
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			<u>-</u>		<u>-</u>
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			<u>-</u>		<u>-</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>72.961.797,45</u>		<u>67.311</u>
				<u>72.961.797,45</u>	<u>67.311</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014**

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2013 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	<u>91.798.755,87</u>			<u>96.978</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schulbuchforderungen	<u>6.375.319,72</u>			<u>8.608</u>
		<u>98.174.075,59</u>		<u>105.586</u>
2. Zinsaufwendungen		<u>37.010.673,48</u>		<u>44.312</u>
darunter:				
aus der Aufzinsung von Rückstellungen <u>2.019.963,76</u> Euro				<u>(1.924)</u>
			<u>61.163.402,11</u>	<u>61.274</u>
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		<u>2.212.734,85</u>		<u>2.404</u>
b) Beteiligungen		<u>993.802,86</u>		<u>778</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>--</u>		<u>-</u>
			<u>3.206.537,71</u>	<u>3.182</u>
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			<u>--</u>	<u>-</u>
5. Provisionserträge		<u>17.750.691,89</u>		<u>17.625</u>
6. Provisionsaufwendungen		<u>1.293.704,83</u>		<u>1.234</u>
			<u>16.456.987,06</u>	<u>16.391</u>
7. Nettoertrag des Handelsbestands			<u>--</u>	<u>-</u>
8. Sonstige betriebliche Erträge			<u>2.334.234,17</u>	<u>6.261</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs- umrechnung <u>45.459,46</u> Euro				<u>(41)</u>
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>--</u>	<u>-</u>
			<u>83.161.161,05</u>	<u>87.107</u>
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	<u>29.794.767,25</u>			<u>28.840</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>8.993.389,79</u>			<u>8.113</u>
darunter: für Alters- versorgung <u>3.505.910,83</u> Euro		<u>38.788.157,04</u>		<u>36.953</u>
				<u>(2.994)</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>15.239.688,39</u>		<u>15.513</u>
			<u>54.027.845,43</u>	<u>52.466</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			<u>2.328.989,88</u>	<u>2.422</u>
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			<u>10.493.967,58</u>	<u>4.712</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs- umrechnung <u>4.753,24</u> Euro				<u>(6)</u>
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft		<u>2.287.023,99</u>		<u>6.482</u>
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rück- stellungen im Kreditgeschäft		<u>--</u>		<u>-</u>
			<u>2.287.023,99</u>	<u>6.482</u>
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlage- vermögen behandelte Wertpapiere		<u>122.562,13</u>		<u>3.151</u>
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>--</u>		<u>-</u>
			<u>122.562,13</u>	<u>3.151</u>
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			<u>--</u>	<u>-</u>
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>3.282.425,00</u>	<u>7.857</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			<u>10.618.347,04</u>	<u>10.017</u>
20. Außerordentliche Erträge		<u>--</u>		<u>-</u>
21. Außerordentliche Aufwendungen		<u>--</u>		<u>-</u>
22. Außerordentliches Ergebnis			<u>--</u>	<u>-</u>
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>7.104.049,43</u>		<u>6.309</u>
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>168.349,55</u>		<u>171</u>
			<u>7.272.398,98</u>	<u>6.479</u>
25. Jahresüberschuss			<u>3.345.948,06</u>	<u>3.538</u>
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			<u>--</u>	<u>-</u>
			<u>3.345.948,06</u>	<u>3.538</u>
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		<u>--</u>		<u>-</u>
b) aus anderen Rücklagen		<u>--</u>		<u>-</u>
			<u>--</u>	<u>-</u>
			<u>3.345.948,06</u>	<u>3.538</u>
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		<u>--</u>		<u>-</u>
b) in andere Rücklagen		<u>--</u>		<u>-</u>
			<u>--</u>	<u>-</u>
29. Bilanzgewinn			<u>3.345.948,06</u>	<u>3.538</u>

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Allgemeine Angaben

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2014 wie folgt geändert:

Ab dem Geschäftsjahr 2014 werden alle Anteile an Investmentvermögen in der Bilanzposition Aktiva 6 „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen. Der im Vergleich zum Vorjahr abweichende Ausweis bestimmter Anteile (bisher Aktiva 13) im Umfang von 19,8 Mio. EUR erfolgte aufgrund der Änderung von § 17 Satz 1 RechKredV durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/61 EU über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM-Umsetzungsgesetz).

Die Zuordnung von Wertpapieren zur Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) oder zum Anlagevermögen haben wir im Geschäftsjahr nicht geändert.

2. Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit) haben wir grundsätzlich zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund ihres Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig über die Laufzeit der Geschäfte verteilt. Laufzeitzinsdarlehen wurden zum Zeitwert angesetzt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt.

Von Kunden im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Anpassung von Festzinsvereinbarungen an das aktuelle Marktzinsniveau erhaltene Ausgleichsbeträge wurden – wie Vorfälligkeitsentgelte – in voller Höhe erfolgswirksam vereinnahmt.

Die in strukturierten Produkten eingebetteten Derivate haben wir gemäß IDW Rechnungslegungsstandard HFA 22 zusammen mit dem Basisinstrument als einheitlichen Vermögensgegenstand bilanziert und dem Anlagevermögen zugeordnet.

Die Wertpapiere haben wir unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bewertet. Es wurde von der Möglichkeit der Durchschnittsbewertung Gebrauch gemacht.

Angesichts der anhaltenden Diskussion über die Staatsverschuldung im Euro-Währungsraum haben wir nähere Erläuterungen zum Risiko von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Staaten in den Lagebericht aufgenommen. Anleihen griechischer Emittenten haben wir nicht im Bestand.

Existiert für ein Wertpapier ein aktiver Markt, entspricht der beizulegende (Zeit-)Wert dem Markt- bzw. Börsenpreis am Bilanzstichtag.

Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen. Für Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestandes waren die Märkte zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir zunächst

Informationen über jüngste Transaktionen in diesen Wertpapieren oder vergleichbaren Wertpapieren untersucht. Sofern entsprechende Informationen vorlagen, haben wir die daraus ableitbaren Kurse verwendet. Sofern keine entsprechenden Informationen vorlagen, haben wir die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet. Diese indikativen Kurse haben wir anhand weiterer Marktinformationen einer Plausibilitätskontrolle unterzogen.

Für Anteile an Investmentvermögen haben wir als beizulegenden (Zeit-)Wert den investmentrechtlichen Rücknahmepreis bzw. den vom Fondsmanagement angegebenen Nettovermögenswert, vermindert um Abschreibungen wegen voraussichtlich dauerhafter Wertminderung, angesetzt.

Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute.

Die Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauerhafter und wegen vorübergehender Wertminderung, bilanziert. Die sonstigen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden mit den Anschaffungskosten bilanziert. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlagenverpflichtungen wurden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden.

Die Sachanlagen, die nach dem Inkrafttreten des BilMoG angeschafft worden sind, werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Vor Inkrafttreten des BilMoG angeschaffte Vermögensgegenstände schreiben wir – mit Ausnahme des von der Sparkasse Rheinberg übernommenen Sachanlagevermögens, dessen Abschreibung weiterhin linear erfolgt – unter Nutzung der Übergangsmöglichkeiten des BilMoG (Artikel 67 Abs. 4 EGHGB) weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen ab.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 € werden sofort als Sachaufwand erfasst. Für Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von mehr als 150 € bis 1.000 € wird ein Sammelposten gebildet, der aufgrund der insgesamt unwesentlichen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Rahmen einer Gesamtbetrachtung über fünf Jahre ergebniswirksam verteilt wird.

Einen Überhang aktiver latenter Steuern, der sich nach Saldierung mit passiven latenten Steuern ergab, haben wir in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

3. Bilanzierung und Bewertung der Passivposten

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für unmittelbar zugesagte Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben wir nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005 G berechnet. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,50 % und Rentensteigerungen von 1,50 % unterstellt. Die Rückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechtes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dieser Zinssatz beträgt 4,66 %.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen auf Verpflichtungen aus der teilweise imparitätischen Bewertung von lang laufenden Zinsswaps im Rahmen der Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs, aus Vereinbarungen im Rahmen der sogenannten Sparkassensonderzahlung für Mitarbeiter, im Zusammenhang mit dem Abschluss von Altersteilzeitvereinbarungen sowie aus banküblichen Geschäften im Zusammenhang mit Bonuszahlungen für Sparverträge. Sie wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages gebildet.

Für Zwecke der Rückstellungsbildung haben wir eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken haben wir die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt.

Bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgte eine Abzinsung. Für bestimmte Gruppen von Rückstellungen haben wir auch bei voraussichtlichen Restlaufzeiten bis zu einem Jahr eine Abzinsung vorgenommen. Die Abzinsung erfolgte mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre. Bei der Bestimmung des Diskontierungszinssatzes sind wir grundsätzlich davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend sind wir für die Bestimmung des Zeitpunktes der Änderungen des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurde ein Sonderposten gemäß § 340 g HGB gebildet.

4. Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuchs)

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs)“ nach der Barwertmethode bewertet. Dieses Bankbuch umfasst alle Kunden-, Eigenanlage- und zur Zinsbuchsteuerung abgeschlossene Zinsswapgeschäfte mit vergleichbarer maximaler Zinsbindungsdauer. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht hierfür nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war. Zinsswapgeschäfte, deren Zinsbindungsdauer im Einzelfall darüber hinausgeht, haben wir zu diesem Zweck aufgeteilt. Den nicht in das Bankbuch einbezogenen Teil der Zinsswapgeschäfte haben wir einzeln bewertet und soweit notwendig eine Rückstellung gebildet.

5. Ausweis in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Anhang

Von dem Wahlrecht zur Bildung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurde kein Gebrauch gemacht.

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten wurden zum Kassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.

Bei den in den Beständen vorhandenen in derselben Währung besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um laufende Konten von Kunden, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung ausgeschlossen wird.

Die Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung wurden je Währung saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. In den Ausweis haben wir auch realisierte Gewinne und Verluste einbezogen.

Zinsaufwendungen für Guthaben bei der Zentralbank (sogenannte gezahlte Minuszinsen) werden bei den Zinsaufwendungen ausgewiesen. Dieser Zinsaufwand betrug im Berichtsjahr 33,19 €.

Angaben zu einzelnen Bilanzposten

Die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

	<u>31.12.2014</u>	<u>(31.12.2013)</u>
Aktiva 3		
Forderungen an Kreditinstitute		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an die eigene Girozentrale	214.280.663,47 €	
Der Unterposten b) - andere Forderungen - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	70.000.000,00 €	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	135.000.000,00 €	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0,00 €	
- mehr als fünf Jahre	50.000.000,00 €	

Aktiva 4

Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.850.000,00 € (4.850.000,00 €)
--	-----------------------------------

Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	39.954.438,61 €
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	105.743.894,43 €
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	467.128.486,73 €
- mehr als fünf Jahre	1.424.828.258,47 €
- Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	146.571.195,10 €

Aktiva 5

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:

- Beträge, die bis zum 31.12.2015 fällig werden	91.789.588,55 €
---	-----------------

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

- börsennotiert	343.892.752,89 €
- nicht börsennotiert	2.388.716,95 €

31.12.2014
(31.12.2013)

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung unseres Wertpapierbestandes zu vermitteln:

Anlagevermögen

Art der Anlage:	Buchwerte Mio. €:	Zeitwerte Mio. €:
Öffentliche Anleihen inkl. Euro-Währungsraum	139,8	141,4
(darunter: Staatsanleihen Eurozone)	(5,1)	(5,1)
Deutsche öffentliche Pfandbriefe	50,3	52,0
Deutsche Hypotheken Pfandbriefe	60,4	62,0
Bankschuldverschreibung von Förderbanken	49,8	50,9
Bankschuldverschreibung von sonstigen Kreditinstituten	20,0	20,5

Aktiva 6

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:

- Investmentanteile von 3 Spezialfonds mit einem Buchwert von **87.103.253,51 €**

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an Sondervermögen im Sinn des § 1 Absatz 10 des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB), die nachfolgend nach Anlagezielen gegliedert dargestellt sind.

	Buchwert Mio. €:	Marktwert Mio. €:	Differenz Buchwert / Marktwert	Ausschüt- tung 2014 Mio. €:	Tägl. Rück- gabe mög- lich	Unterlassene Abschreibungen Mio. €:
Rentenfonds:						
Fonds 1	30,0	31,7	1,7	0,8	ja	0,0
Fonds 2	30,0	32,3	2,3	0,9	ja	0,0
Fonds 3	27,1	27,1	0,0	0,5	ja	0,0

Die Rentenfonds sind international ausgerichtet. Rentenfonds 1 und 2 investieren schwerpunktmäßig in Unternehmensanleihen mit einem Mindestrating von „BBB“. Der Rentenfonds 3 investiert schwerpunktmäßig in europäische Staatsanleihen der Eurozone, europäische Pfandbriefe und Inhaberschuldverschreibungen deutscher Investitionsbanken.

Die Anteilscheine der Rentenfonds sind nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragbar. Die Sparkasse kann jeweils Sachauskehrung der Vermögenswerte verlangen.

Aktiva 7

Beteiligungen

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Beteiligungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wird auf Angaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB verzichtet.

	<u>31.12.2014</u>	<u>(31.12.2013)</u>
--	-------------------	---------------------

Aktiva 9

Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

Aktiva 12

Sachanlagen

In diesem Posten sind enthalten:

- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten 16.608.842,32 €

Aktiva 13

Sonstige Vermögensgegenstände

In diesem Posten sind enthalten:

- Anteil an der Deko-S-PropertyFund No.1 Beteiligungs-GmbH & Co. KG 0,00 € (22.589.770,00 €)

Aktiva 14

Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten ist enthalten:

- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten 869.524,69 € (1.124.487,75 €)

Aktiva 15 / Passiva 6 a

Aktive latente Steuern / Passive latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftssteuersatzes (inkl. Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und eines Gewerbesteuersatzes von 16,29 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet. Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern haben wir nicht angesetzt. Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen und Schulden: Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Rückstellungen.

Fremdwährungen

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 757.884,97 €.

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs- kosten €	Veränderungen des Geschäftsjahres €			Abschreibungen insgesamt €	Bilanzwert €		Abschreibungen des Geschäftsjahres €	Abschreibungen des Vorjahres €
		Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen		31.12.2014	Vorjahr		
Grundstücke und Bauten	74.062.007,92	467.324,01	999.649,82	2.046,00	51.216.523,10	22.315.205,01	23.938.295,51	1.261.891,76	1.306.302,82
Betriebs- und Geschäftsausstattung	28.594.514,65	709.880,02	1.017.378,11	0,00	23.526.857,62	4.760.158,94	5.133.465,04	1.066.767,12	1.114.725,48
Immaterielle Anlagewerte	1.543.186,25	0,00	57.717,95	0,00	1.485.468,30	0,00	331,00	331,00	795,00
	Bilanzwert am Vorjahresende €	Veränderungen zusammengefasst €			Bilanzwert am 31.12.2014 €				
Forderungen an Kreditinstitute	70.867.401,38	-10.263.357,54			60.604.043,84				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	342.948.843,89	-20.237.715,59			322.711.128,30				
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	19.812.492,22			19.812.492,22				
Beteiligungen	46.359.220,96	517.599,55			46.876.820,51				
Sonstige Vermögensgegenstände	22.596.870,00	-22.590.270,00			6.600,00				

31.12.2014

(31.12.2013)

Passiva 1

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale 1.754.903,18 €

Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate 14.006.773,01 €
- mehr als drei Monate bis ein Jahr 93.230.528,93 €
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 116.581.396,25 €
- mehr als fünf Jahre 231.380.027,68 €

Für folgende im Unterposten b) ausgewiesene Verbindlichkeiten sind Vermögenswerte als Sicherheit übertragen:

- Forderungen aus zweckgebundenen Weiterleitungsmitteln (Buchwert) in Höhe von 262.895.697,02 €

Passiva 2

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 0,00 € (75.800,60 €)

Der Unterposten a) ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate 812.890,18 €
- mehr als drei Monate bis ein Jahr 1.120.426,55 €
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 2.310.105,14 €
- mehr als fünf Jahre 685.991,78 €

Der Unterposten b) bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate 85.728.786,21 €
- mehr als drei Monate bis ein Jahr 138.086.557,50 €
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 230.645.944,99 €
- mehr als fünf Jahre 47.785.301,26 €

Passiva 3

Verbriefte Verbindlichkeiten

Im Unterposten a) - begebene Schuldverschreibungen - sind bis zum 31.12.2015 fällige Beträge enthalten: 8.305.800,00 €

31.12.2014 (31.12.2013)

Passiva 4

Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Passiva 6

Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten ist enthalten:

- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen 1.493.502,52 € (1.787.530,51 €)

Passiva 9

Nachrangige Verbindlichkeiten

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrages:

Betrag:	Zinssatz:	Fälligkeit:	vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung:
363.400,00 €	4,50 %	08.01.2019	- ausgeschlossen -

Die weiteren nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Verzinsung von 4,45 % und eine ursprüngliche Laufzeit von 10 Jahren. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden keine nachrangigen Verbindlichkeiten zur Rückzahlung fällig.

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen dem Grunde nach den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen an Ergänzungskapital. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten ist im Geschäftsjahr ein Aufwand in Höhe von 17.465,50 € angefallen.

Eventualverbindlichkeiten

Bei unseren Kreditgewährungen werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden. Sofern dies im Einzelfall nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, haben wir ausreichende Rückstellungen gebildet. Sie sind vom Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten abgesetzt worden.

Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen. Sofern im Einzelfall nicht davon ausgegangen werden kann, wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet.

Fremdwährungen

Unter den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 1.702.788,17 €.

Angaben zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten folgende wesentlichen Einzelbeträge:

Aufwendungen aus der Zuführung einer Drohverlustrückstellung für den nicht in das Bankbuch einbezogenen Teil der Zinsswapgeschäfte in Höhe von 9,0 Mio. €.

Sonstige Angaben

Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten

Die Sparkasse hat im Rahmen der Sicherung bzw. Steuerung von Zinsänderungsrisiken Termingeschäfte als Deckungsgeschäfte abgeschlossen. Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte ergeben sich aus der nachstehenden Tabelle:

Zinsbezogene Geschäfte:	Nominalbeträge in Tsd. €:	beizulegende Zeitwerte* in Tsd. €:	Restlaufzeiten:
Termingeschäfte:			
Zinsswaps (Deckungsgeschäft)			
davon:			
mit positivem Zeitwert	0	0	
mit negativem Zeitwert	15.000	-1.768	1 – 5 Jahre
	125.000	-44.710	> 5 Jahre

* Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte werden mit Minus angegeben.

Für die Zinsswaps wurde der beizulegende Zeitwert als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 31.12.2014 Verwendung. Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten (clean price).

Aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG vormals Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf – RSGV – mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8 a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seinem Anteil (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. € und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € zu übernehmen. Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012

wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. € als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Gesamtverpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2014 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihrem Anteil am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an unserer Beteiligungsquote am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (2,1 %). Zum 31.12.2014 beträgt unsere Beteiligungsquote 2,0 %. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten spätestens nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 9,5 Mio. € durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2014 1,6 Mio. €.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Leistungszusage der Zusatzversorgungskasse

Die Sparkasse am Niederrhein ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1 a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 01.03.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2014 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2015 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes - pauschales - Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus 1 Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle 5 Jahre) überprüft. Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und verstetigter Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden zur Zeit nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2013 der RZVK wurden die Rentenleistungen in diesem Jahr zu etwa 25 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli eines Jahres um 1 % ihres Betrages erhöht.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 31,1 Mio. € im Jahr 2014 2,4 Mio. €.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2014 für Zwecke der Angaben im Anhang nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB mit einem Betrag von 55,7 Mio. € ermittelt. Im Hinblick darauf, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, bleibt es für Zwecke dieser Ermittlung unberücksichtigt. Der Vermögensdeckungsgrad betrug nach Angaben im Geschäftsbericht 2013 der RZVK etwa 30,0 % (bei Ermittlung der Deckungsrückstellung nach den sich aus der Anlage 4 zum ATV-K ergebenden Vorgaben). Der Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1 % ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2014 verwendet.

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

a) für die Abschlussprüfungsleistungen	307 Tsd. €
b) für andere Bestätigungsleistungen	39 Tsd. €
c) für sonstige Leistungen	<u>0 Tsd. €</u>
Gesamthonorar:	346 Tsd. €

Verwaltungsrat bis 17.09.2014

Vorsitzendes Mitglied

Karl-Heinz Reimann, Rentner

1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds
2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Peter Kiehlmann, Verwaltungsangestellter
Otto Laakmann, Pensionär

Mitglieder gemäß § 10 Abs. 2 b) SpkG NW:

Stellvertreter gemäß § 12 Abs. 4 SpkG NW:

Ingo Brohl, Marketingberater (selbstständig)
Rafael Hofmann, Rechtsanwalt (selbstständig)
Leo Janssen, Kaufmann (selbstständig)
Peter Kiehlmann, Verwaltungsangestellter
Hubert Kück, Lehrer
Otto Laakmann, Pensionär
Jürgen Madry, Handelsvertreter (selbstständig)
Klaus Plonka, Pensionär
Günter Zeller, Pensionär

Klaus Brohl, Elektromeister (selbstständig)
Frank Berger, Sozialversicherungsfachangestellter
Viktor Paeßens, Landwirt (selbstständig)
N.N.
Christel Winterberg, Rentnerin
Dino Maas, Betriebswirt (selbstständig)
Klaus Bechstein, Fachberater (selbstständig)
Markus Nacke, Kaufmännischer Angestellter
Jochen Gottke, Leitender Städtischer
Verwaltungsdirektor

Mitglieder gemäß § 10 Abs. 2 c) SpkG NW:

Stellvertreter gemäß § 12 Abs. 4 SpkG NW:

Gerd Adam, Sparkassenangestellter
(bis 30.06.2014)
Walburga Baltes, Sparkassenangestellte
Roland Ertelt, Sparkassenangestellter
Stefan Ertelt, Sparkassenangestellter
Holger Klucken, Sparkassenangestellter

Ralf-Jürgen Rein, Sparkassenangestellter
Hans-Bernd Tersteegen, Sparkassenangestellter
Michael Wedde, Sparkassenangestellter
Peter Lenzen, Sparkassenangestellter
Birte Frie, Sparkassenangestellte

Als Hauptverwaltungsbeamter gemäß § 11 Abs. 3 SpkG NW nimmt an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil:

Harald Lenßen, Bürgermeister

Stellvertreter:
Dr. Ansgar Müller, Landrat

Als Hauptverwaltungsbeamte gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung Sparkasse am Niederrhein nehmen an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil:

Norbert Ballhaus, Bürgermeister (bis 22.06.2014)
Christoph Fleischhauer, Bürgermeister (ab 23.06.2014)
Hans-Theo Mennicken, Bürgermeister
Dr. Ansgar Müller, Landrat

Verwaltungsrat ab 18.09.2014

Vorsitzendes Mitglied

Claudia van Dyck, Hausfrau

1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds
2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Mark Rosendahl, Gewerkschaftssekretär
Markus Nacke, Kaufmännischer Angestellter

Mitglieder gemäß § 10 Abs. 2 b) SpkG NW:

Stellvertreter gemäß § 12 Abs. 4 SpkG NW:

Rafael Hofmann, Rechtsanwalt (selbstständig)
Peter Kiehlmann, Verwaltungsangestellter
Hubert Kück, Lehrer
Jürgen Madry, Handelsvertreter (selbstständig)

Frank Berger, Sozialversicherungsfachangestellter
Anna-Maria Barucija, Kaufmännische Angestellte
Ulrike Trick, Hausfrau
Claudia von Parzotka-Lipinski, Geschäftsstellenleiterin Tauchsportverband NRW e. V.

Markus Nacke, Kaufmännischer Angestellter
Mark Rosendahl, Gewerkschaftssekretär
Sarah Stantscheff, Studentin (Rechtswissenschaftler)

Günther Fesselmann, Rechtsanwalt (selbstständig)
Carmen Weist, Verwaltungsangestellte
Werner Plückelmann, Leitender technischer Angestellter

Gudrun Tersteegen, Werbetexterin (selbstständig)

Ralph Messerschmidt, Bauingenieur (angestellt)

Günter Zeller, Pensionär
tunungsdirektor

Jochen Gottke, Leitender Städtischer Verwaltungsdirektor

Mitglieder gemäß § 10 Abs. 2 c) SpkG NW:

Stellvertreter gemäß § 12 Abs. 4 SpkG NW:

Walburga Balthes, Sparkassenangestellte
Roland Ertelt, Sparkassenangestellter
Stefan Ertelt, Sparkassenangestellter
Holger Klucken, Sparkassenangestellter
Karl-Heinz Teborg, Sparkassenangestellter

Ralf-Jürgen Rein, Sparkassenangestellter
Sascha Krähmer, Sparkassenangestellter
Birte Frie, Sparkassenangestellte
Thorsten Holzgräfe, Sparkassenangestellter
Michael Wedde, Sparkassenangestellter

Als Hauptverwaltungsbeamter gemäß § 11 Abs. 3 SpkG NW nimmt an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil:

Harald Lenßen, Bürgermeister

Stellvertreter:
Dr. Ansgar Müller, Landrat

Als Hauptverwaltungsbeamte gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung Sparkasse am Niederrhein nehmen an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil:

Christoph Fleischhauer, Bürgermeister
Hans-Theo Mennicken, Bürgermeister
Dr. Ansgar Müller, Landrat

Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	416
Teilzeit- und Ultimokräfte	<u>212</u>
	628
Auszubildende	<u>52</u>
Insgesamt:	<u>680</u>

Vorstand

Giovanni Malaponti - Vorsitzender
Frank-Rainer Laake - Mitglied
Bernd Zibell - Mitglied

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Die Mitglieder des Vorstands haben bis auf den Vorstandsvorsitzenden ausschließlich feste Bezüge erhalten.

Für den Vorstandsvorsitzenden wird die Erhöhung von 10 % im Sinne von Ziff. 2.23 der Verbandsempfehlungen erfolgsabhängig als variables Leistungsentgelt gezahlt. Dieses variable Leistungsentgelt ist unternehmens-erfolgsbezogen und wird in Anlehnung an die für die Mitarbeiter definierten Unternehmensziele festgelegt (§ 6 der Dienstvereinbarung zwischen der Sparkasse am Niederrhein und dem Personalrat der Sparkasse am Niederrhein über das leistungsorientierte variable Entgelt). Die Auszahlung erfolgt mit max. 100 % in einer Summe in dem Monat nach der Feststellung des Jahresabschlusses.

Weitere erfolgsbezogene Vergütungsbestandteile sowie Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung werden nicht gewährt.

Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Als Anspruchsvoraussetzung für die Zahlung dieser Leistungszulage sind keine konkreten quantitativen Ziele festgelegt.

Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

	2014 (in Tsd. €)				
Vorstand	Grundbetrag und Allgemeine Zulage (erfolgsunabhängig)	Zulage gemäß den Verbandsempfehlungen (Ziff. 2.23)*	Leistungszulage (erfolgsabhängig, ohne quantitative Ziele)	Sonstige Vergütung	Gesamtvergütung
Malaponti, Giovanni Vorsitzender	322,4	24,2	0,0	10,4	357,0
Laake, Frank-Rainer Mitglied	318,3	0,0	0,0	10,7	329,0
Zibell, Bernd Mitglied	318,3	0,0	0,0	11,9	330,2
Summe	959,0	24,2	0,0	33,0	1.016,2
* wird erfolgsabhängig als variables Leistungsentgelt gezahlt					

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen. Sie werden gemäß den Regelungen des EStG nach der 1%-Bruttolistenpreisregelung ermittelt.

Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Zahlung eines Ruhegeldes, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihnen zu vertreten ist.

Die individuellen Versorgungssätze ergeben sich aus folgender Zusammenstellung:

	Eintritt des Leistungsfalles	Höhe des Versorgungssatzes
Malaponti, Giovanni Vorsitzender	bis 31.05.2014	40 v. H.
	01.06.2014 - 31.05.2019	45 v. H.
	01.06.2019 - 31.05.2024	50 v. H.
	vom 01.06.2024	55 v. H.
Laake, Frank- Rainer Mitglied	01.01.2014 - 31.12.2018	50 v. H.
	vom 01.01.2019	55 v. H.
Zibell, Bernd Mitglied	01.10.2018 – 30.09.2023	40 v. H.
	01.10.2023 – 30.09.2028	45 v. H.
	01.10.2028 – 30.09.2033	50 v. H.
	vom 01.10.2033	55 v. H.

Beruhet der Leistungsfall auf einen Arbeitsunfall, erhöht sich der Ruhegeldsatz um 10 v.H. bis zum Höchstsatz von 55 v.H.

Der ruhegeldfähige Bezug beträgt monatlich ein Zwölftel des bei Eintritt des Ruhegeldfalles vertraglich zustehenden Jahresgrundbetrages (beim Vorsitzenden des Vorstands einschließlich ungekürzter Zulage gem. Ziff. 2.23 der Verbandsempfehlungen) und der Allgemeinen Zulage.

Bei linearen Änderungen des Entgeltes der Sparkassen-Beschäftigten ändert sich der ruhegeldfähige Bezug entsprechend.

Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands

	Im Jahr 2014 der Pensionsrückstellung zugeführt (Gesamt) Tsd. €	Barwert der Pensionsan- sprüche 31.12.2014 Tsd. €
Malaponti, Giovanni Vorsitzender	183,4	1.441,6
Laake, Frank-Rainer Mitglied	173,3	1.190,9
Zibell, Bernd Mitglied	132,2	242,9
Summe:	488,9	2.875,4

Die Altersversorgung beträgt maximal 55 % der zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand zustehenden Ruhegehaltsbezüge. Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet.

Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Den Mitgliedern des Vorstands wurden Kredite in Höhe von 399.426,52 € gewährt und widerrufliche Kreditzusagen in Höhe von 37.300,00 € ausgereicht.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschl. seiner Ausschüsse (Bilanzprüfungsausschuss, Risikoausschuss) ein Sitzungsgeld von 320,00 € (bzw. 380,80 € incl. 19 % Umsatzsteuer) je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2014 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder:

Name	Tsd. €	Name	Tsd. €
Adam, Gerd	1,3	Madry, Jürgen	4,6
Ballhaus, Norbert	1,0	Mennicken, Hans-Theo	1,6
Baltes, Walburga	1,9	Dr. Müller, Ansgar	1,3
Brohl, Ingo	2,7	Nacke, Markus	1,0
Ertelt, Roland	2,9	Plonka, Klaus	2,2
Ertelt, Stefan	2,2	Reimann, Karl-Heinz	3,5
Fesselmann, Günther	0,4	Rein, Ralf-Jürgen	0,3
Fleischhauer, Christoph	1,3	Rosendahl, Mark	1,3
Gottke, Jochen	0,3	Stantscheff, Sarah	1,3
Hofmann, Rafael	5,0	Teborg, Karl-Heinz	0,6
Janssen, Leo	2,7	Tersteegen, Gudrun	1,5
Kiehlmann, Peter	3,2	van Dyck, Claudia	1,9
Klücken, Holger	3,2	Wedde, Michael	0,3
Kück, Hubert	3,5	Zeller, Günter	3,5
Laakmann, Otto	2,2	Insgesamt:	60,9
Lenßen, Harald	2,2		

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurden Kredite (einschließlich Haftungsverhältnissen) in Höhe von insgesamt 3.159.493,96 € gewährt und widerrufliche Kreditzusagen in Höhe von 121.163,31 € ausgereicht.

Für die früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge in Höhe von 1.425.487,24 € gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 16.609.241,00 €.

Offenlegung der Angaben gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013

Die offenzulegenden Angaben gemäß der Verordnung (EU) 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen werden auf der Internetseite der Sparkasse (www.sparkasse-am-niederrhein.de) unter der Rubrik „Ihre Sparkasse“ / „Portrait“ / „Jahresabschluss“ veröffentlicht.

Moers, den 24.03.2015

Der Vorstand

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse am Niederrhein für das Geschäftsjahr vom 01.01.2014 bis 31.12.2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 12. Mai 2015

Prüfungsstelle des
Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Theemann
Wirtschaftsprüfer

Schankweiler
Verbandsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Im Jahre 2014 trat der Verwaltungsrat der Sparkasse am Niederrhein zu sechs Sitzungen zusammen. Er hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und fasste die erforderlichen Beschlüsse.

Über die Geschäftsentwicklung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und über alle sonstigen wichtigen Angelegenheiten der Sparkasse wurde er vom Vorstand eingehend unterrichtet.

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes führte im Berichtsjahr die Pflichtprüfungen durch. Zum Jahresabschluss 2014 erteilte die Prüfungsstelle den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Damit wurde bescheinigt, dass die Buchführung und der Jahresabschluss sowie der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Der Verwaltungsrat überwachte die Geschäftsführung des Vorstandes entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen. Gemäß § 15 Abs. 2 Buchstabe d des SpkG NW hat er den Jahresabschluss festgestellt und den Lagebericht des Vorstandes gebilligt. Die Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 3.345.948,06 € erfolgt nach § 25 SpkG NW. Der Verwaltungsrat schlägt der Vertretung des Trägers gemäß § 15 Abs. 2 Buchstabe e SpkG NW vor, den Jahresüberschuss entsprechend § 25 Abs. 1 Buchstabe c SpkG NW vollständig der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand für die gute Zusammenarbeit und für die Unterstützung bei seiner Aufgabenerfüllung. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern spricht er seine Anerkennung aus für den geleisteten Einsatz im Dienste der Kunden der Sparkasse am Niederrhein und der Menschen in der Region.

Moers, den 22. Juni 2015

Sparkasse am Niederrhein
Der Verwaltungsrat

van Dyck
Vorsitzende